

# Jahresrückblick 2010

... da kommt was in Bewegung! Inklusion – von Anfang an!



Karussell für Alle!

## Inhalt

- Jahresrückblick 2010
- Terminübersicht
- Organigramm
- Momentaufnahmen
- Beschluss „Bildung ist Zukunft! – Im Lichte der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“
- Pressemitteilungen
- Pressespiegel

*„Viele würden gerne ein einfacheres Leben führen, wenn der Weg dorthin nicht so kompliziert wäre.“*

Justus Jonas, ev. Theologe (1493 – 1555)

## Vorwort

2010 war das Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Es gab zahlreiche Kampagnen – und am Schluss bleibt dennoch die Frage: hat sich dadurch etwas für die Betroffenen verändert?

2010 war auch ein Jahr voller herausragender Ereignisse: im Januar verwüstete ein Erdbeben Haiti; nach dem Ausbruch des isländischen Vulkans Eyjafjallajökull legte dessen Aschewolke wochenlang den europäischen Flugverkehr lahm; im Mai gewann Lena Meyer-Landrut mit „Satellite“ für Deutschland den 55. Eurovision Contest in Oslo; nach dem überraschenden Rücktritt von Bundespräsident Horst Köhler wurde Ende Juni Christian Wulff zum neuen Bundespräsident gewählt und schließlich wiederholte sich im Sommer mit der Fußballweltmeisterschaft der Herren in Südafrika ein Fußball-Sommermärchen. Und in der zweiten Jahreshälfte beherrschten Stuttgart 21 und die Schlichtung die Schlagzeilen. Unser Anliegen, auch mit Behinderung umfassend am Leben in der Gemeinschaft teilhaben zu wollen, dringt immer schwerer durch. Die Zahl behinderter Menschen steigt stetig, so dass von einer „kleinen Randgruppe“ nicht (mehr) die Rede sein kann. Wir waren daher auch im Jahr 2010 bei vielen Veranstaltungen vor Ort präsent und zeigten Flagge.

## **„Bildung ist Zukunft!“**

Im Berichtsjahr 2010 befassten wir uns mit der ganz konkreten Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Bildung war unser Topthema. Im Februar 2010 stellte Kultusminister Rau die Empfehlungen des Expertenrates vor, im Mai 2010 folgte der Beschluss des Ministerrats zur Umsetzung des gemeinsamen Unterrichts von Kindern mit und ohne Behinderung in Baden-Württemberg. Unser Landesverband lud im Juni 2010 zu einer viel beachteten Fachtagung „Bildung für alle – Schule neu denken“ ein und die Mitgliederversammlung beschloss im November 2010 Eckpunkte und Forderungen auf dem Weg zur inklusiven Schule. Für uns ganz entscheidend ist: Das Recht auf Bildung für alle Kinder mit und ohne Behinderung ist ein Menschenrecht und daher unantastbar!

## **„... da kommt was in Bewegung!“**

Im Mai 2010 haben wir zu einer inklusiven Fahrt auf einem Rollstuhlkarussell in Freiburg eingeladen. Inklusion beginnt von Anfang an, auch beim Spielen auf dem Spielplatz. Noch sind inklusive Spielplätze selten, aber ...

## **„Vergesst unsre Kinder nicht!“**

Mit diesem eindringlichen Appell gingen Familien in Offenburg auf die Straße, um auf die Anliegen ihrer schwerst behinderten Kinder aufmerksam zu machen. Ihre Sorge: In Zeiten leerer Kassen werden die Leistungen, auf die ihre Kinder nach der Schulentlassung angewiesen sind, gekürzt werden. Sie fordern eine angemessene Wohnform im Rahmen der Eingliederungshilfe, denn trotz Pflegebedürftigkeit steht die volle Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft im Vordergrund. Kreative Lösungen sind gefragt, um Menschen mit Behinderung und hohem Pflege- und Betreuungsbedarf

ein selbst bestimmtes Wohnen zu ermöglichen.

„Wutbürger“ wurde von der Gesellschaft für deutsche Sprache zum „Wort des Jahres 2010“ gewählt. Es dokumentiert das große Bedürfnis der Bürger nach mehr Mitspracherechte bei gesellschaftlich und politisch relevanten Projekten. Viele unserer Mitgliedsfamilien kämpfen sich mühevoll durch den täglichen Bürokratiedschungel und fühlen sich immer häufiger ohnmächtig und hilflos. Es ist auch unsere Aufgabe als Landesverband, unsere Mitglieder zu stärken, ihnen beratend zur Seite zu stehen, ihnen Mut zu machen in ihrer besonderen Lebenssituation.

### ***Gemeinsam stark mit Behinderung!***

Unsere Mitglieder konnten auch im Jahr 2010 auf uns zählen, wenn es galt, ihre Anliegen gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit zu vertreten! Wir arbeiteten mit bei der Weiterentwicklung des Rechts auf Bildung sowie bei den Ausführungsbestimmungen zum Landesheimgesetz, sind aktiv dabei bei der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Baden-Württemberg. Auf Bundesebene arbeiten wir Hand in Hand mit unserem Bundesverband. Und seit der Neuwahl des Bundesvorstandes im Oktober 2010 sind wir mit zwei Personen (Hans Ulrich Karg und Uwe Herbener-Roos) aus dem Südwesten dort stark vertreten.

Selbsthilfe ist in unsrer Gesellschaft unverzichtbar. Als „Experten in eigener Sache“ wissen Menschen mit Behinderungen und ihre Familien sehr genau, welche Unterstützung sie im Alltag brauchen. Das ganze Jahr über traten wir überall dort, wo es notwendig ist, ein für die Interessen von körper- und mehrfachbehinderten Menschen und ihren Familien!

Wir danken allen, die uns im Berichtsjahr 2010 unterstützt haben. Wir brauchen Sie als verlässliche Wegbegleiter und starke Partner – gestern, heute und morgen, denn es gibt noch viel zu tun! Packen wir's gemeinsam an!

## Interne Arbeit

### Vorstand

Im Berichtsjahr setzte sich der Vorstand wie folgt zusammen:

Vorsitzender: Hans Ulrich Karg (Bad Waldsee)

Stellvertretender Vorsitzender: Dr. Ulrich Noll, MdL (Aichtal)

Schatzmeister: Thomas Seyfarth (Körperbehindertenförderung Neckar-Alb, Mössingen).

Beisitzer: Armin Bönisch (Schrozberg); Jutta Hertneck (Stuttgart); Christine Kühnau (Verein für Körper- und Mehrfachbehinderte Mannheim); Rolf Schneider (Körperbehindertenverein Stuttgart, Stuttgart).

Im Berichtsjahr traf sich der Vorstand insgesamt zu sechs Vorstandssitzungen, um die inhaltlichen Schwerpunkte der Verbandsarbeit zu beraten und festzulegen. Der Vorstand befasste sich insbesondere mit folgenden Themen:

**Bildungspolitik:** die Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen im Bereich Schule (Vorbereitung eines Fachtages und Eckpunkte / Forderungen zum gemeinsamen Unterricht, Aufhebung der Sonderschulpflicht, Empfehlungen des Expertenrates, Bildungswegekonferenz, Hintergrundgespräch mit Kultusministerin Prof. Dr. Marion Schick, Fragen im Zusammenhang der

KMK-Empfehlung zur sonderpädagogischen Förderung)

**Sozialpolitik:** Änderung bzw. Umsetzung des Landesheimgesetzes Baden-Württemberg (Landesheimmitwirkungsverordnung, Landesheimpersonalverordnung, Einheitliche Prüfkriterien für die Heimaufsicht), Abgrenzung Eingliederungshilfe und Pflegeversicherung am Beispiel der Elterninitiative im Ortenaukreis, Selbständigkeit von älteren Menschen mit Behinderung, Mitgliedschaft in der LAG Pflegestützpunkte Baden-Württemberg, Ergebnisse der Umfrage zur Entlastung der Familien mit behinderten Kindern, Versorgung schwer behinderter Menschen mit Inkontinenzhilfen, Neuordnung der Rundfunkgebühren zum 1.1.2013

**Barrierefreiheit:** Änderung der Landesbauordnung Baden-Württemberg, Gaststättenrecht: Barrierefreiheit kein Kriterium bei der Gaststättenkonzession, Barrierefreie Spielplätze: Rollstuhlkarussell Freiburg, Beirat „barrierefreies Stuttgart 21“

**Weitere Themen** betrafen vor allem verbandsinterne Strukturen und Regularien. Die verbandsinterne Reisekostenregelung wurde aktualisiert. Zum Ende des Berichtsjahres wurden zudem die Mitgliedschaften bei der BAG Integrationsfirmen sowie bei der BAG Unterstützte Beschäftigung gekündigt. Auf Antrag der Ortsvereine beschloss der Landesvorstand die Verleihung der Ehrennadel an langjährig ehrenamtliche Tätige in den Ortsvereinen Karlsruhe und Lörrach. Beschlossen wurde zudem ein Projektantrag zur Förderung der Selbständigkeit von älteren Menschen mit Behinderung.

Da der Paritätische bereits 2008 angekündigt hat, das Sozialzentrum am Standort Haußmannstraße bis spätes-

tens Ende 2012 aufzugeben, hat der Vorstand intensiv über räumliche Alternativen für die Verbandsgeschäftsstelle in Innenstadtnähe beraten. Der Vorstand hat beschlossen, eine Bürogemeinschaft mit der Geschäftsstelle des Körperbehinderten-Vereins Stuttgart zu gründen. Ein Umzug erfolgt voraussichtlich im Laufe des Jahres 2012.

## Mitgliederversammlung

Im Berichtsjahr fand eine Mitgliederversammlung am 20. November 2010 im DPWV-Sozialzentrum in Stuttgart statt. Auf der Tagesordnung standen Regularien wie Jahresabschluss 2009, Haushaltsplan 2011 und Entlastung des Vorstandes. In seinem mündlichen Bericht verwies der Vorstand auf den schriftlichen Jahresrückblick 2009. Ferner ging der Vorstand auf Veranstaltungen des laufenden Jahres ein, insbesondere auf die beiden Fachtagungen „Bildung für alle – Schule neu denken!“ und „Was Familien mit behinderten Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen brauchen“, die Mitgliederversammlung des Bundesverbandes in Wartaweil, die Einweihung des Rollstuhlkarussells in Freiburg und den Tag behinderter Menschen auf der Landesgartenschau in Villingen-Schwenningen.

Die bei der Mitgliederversammlung 2009 beschlossene Satzungsänderung mit Änderung des Verbandsnamens wurde am 20. September 2010 im Vereinsregister eingetragen. Erneut wurde die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft REVISIO GmbH mit Sitz in Ludwigsburg zum Wirtschaftsprüfer des Jahresabschlusses 2010 gewählt.

**„Bildung ist Zukunft! – im Lichte der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung“** war das inhaltliche Schwerpunktthema der Mitgliederversammlung. Die Vorstandsmitglieder Christine Kühnau und Armin Bönisch stellten die unterschiedlichen Ausgangspunkte, sich dem Thema Inklusion in der Schule zu nähern, vor und zeigten auf, wie die Mitglieder des AK Schule sowie des Vorstandes Eckpunkte und Forderungen auf dem Weg zur inklusiven Schule in einem mehrjährigen Prozess erarbeitet haben. Trotz der unterschiedlichen persönlichen Standpunkte stand für das gemeinsame Ziel fest: Eine Schule für alle mit individueller Förderung für jedes Kind. Die Ergebnisse der Fachtagung am 12. Juni 2010 flossen ebenfalls in die Standortbestimmung ein. Sehr ausführlich und engagiert diskutierten die anwesenden Vertreter der Mitgliedsorganisationen dieses wichtige Zukunftsthema. Einstimmig verabschiedeten sie im Anschluss daran 12 Eckpunkte und Forderungen auf dem Weg zur inklusiven Schule (Anhang).

**„... hinter dem Horizont geht's weiter – was kommt nach den Eltern?“** lautet der Titel des Projekts, das von der Baden-Württemberg Stiftung im Rahmen des Förderprogramms „Förderung der Selbständigkeit von älteren Menschen mit Behinderung“ dem Landesverband bewilligt wurde. Die Projektidee und die –ziele wurden ausführlich vorgestellt und die Mitgliedsorganisationen zur aktiven Teilnahme eingeladen. Das Projekt stieß auf große Resonanz, da sowohl Eltern als auch erwachsene Menschen mit Behinderungen sich intensiv damit befassen, wie es weitergeht, wenn die Eltern nicht mehr da sind. Mehrere Mitgliedsorganisationen erklären ihr Interesse, gemeinsam mit dem Landesverband

zielgruppenspezifische Seminare zu organisieren.

Für viele Mitgliedsfamilien ist das Thema „Gesundheit“ sehr wichtig, insbesondere im Blick auf den barrierefreien und möglichst wohnortnahen Zugang zu Versorgungsstrukturen im Gesundheitswesen. Dies zeigte die Resonanz auf die Kooperationsveranstaltung mit der Deutschen Rentenversicherung Baden-Württemberg im November 2010. Die Jahresplanung 2011 wurde daher ergänzt um eine Tagung zur Mund- und Zahngesundheit in Kooperation mit der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg.

Die Mitgliederversammlung lebt in besonderem Maße vom Erfahrungsaustausch zwischen den regionalen Mitgliedsorganisationen untereinander und dem Landesverband. Unter dem Tagesordnungspunkt „Berichte aus den Ortsvereinen“ gibt es Raum, um Einblicke in die Arbeit der anderen zu erhalten.

Die Schaffung von inklusiven Angeboten für Menschen mit und ohne Behinderung ist für viele Mitgliedsorganisationen ein wichtiges Anliegen. Die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung gibt den Mitgliedsorganisationen hierbei Rückenwind. In Ludwigsburg hat der Verein Forderungen an die gemeinsame vorschulische Erziehung und Bildung formuliert. Während die Stadt Ludwigsburg sehr offen ist und es viele inklusive Gruppen in den Kindertagesstätten gibt, ist der Landkreis Ludwigsburg eher zögerlich. Regenbogenkindergarten Mannheim, Reha Südwest Karlsruhe, Körperbehindertenförderung Neckar-Alb und Körperbehindertenzentrum Weingarten entwickeln seit Jahren ihre Schulkindergärten weiter zu inklusiven vorschulischen Einrich-

tungen. Eine Fortführung im Bereich Schule gestaltet sich derzeit noch schwierig, da das Schulgesetz einen zieldifferenten Unterricht noch nicht vorsieht. Die Körperbehindertenförderung Neckar-Alb will zum Schuljahr 2011 / 2012 eine inklusive Grundschule eröffnen.

Die Entlastung von Familien mit behinderten Kindern ist ein aktuelles Thema für die Elternvereine in Göppingen und Ludwigsburg. Während in Süßen bereits mit der „Süßener Bettlad“ ein Angebot zur Kurzzeitunterbringung geschaffen wurde, plant der Verein Gemeinsam e.V. den Aufbau eines „Aufschnaufhauses“. In Süßen soll in Kürze als weiteres Freizeitangebot eine Kerzenwerkstatt eröffnet werden. Der Verein Lebensheimat plant gemeinsam mit Reha Südwest in Donaueschingen ein begleitetes ambulantes Wohnen für erwachsene Menschen mit Behinderungen mitten in der Gemeinde. Viele Mitgliedsfamilien wünschen sich vielfältige Wohnangebote für Menschen mit Behinderungen.

## Arbeitskreise

Das Konzept der Arbeitskreise, die für einzelne Themenfelder initiiert wurden, hat sich bestens bewährt. Vertreter und Vertreterinnen der Ortsvereine arbeiten intensiv und engagiert an der Entwicklung fundierter Positionen zu den vielfältigen Themenbereichen. Die Arbeitskreise stehen allen Interessierten zur Mitarbeit offen.

Im Berichtsjahr gab es folgende Arbeitskreise:

### AK Kindergarten

Im Arbeitskreis arbeiten pädagogische Fachkräfte aus Schulkindergärten eng zusammen. Der Arbeitskreis traf sich im Berichtsjahr zwei Mal. Fester Bestandteil der Treffen ist der Erfahrungsaustausch untereinander. Fester Bestandteil ist zudem die inhaltliche Vorbereitung der alljährlichen Schulkindergartenkonferenz.

### AK Schule

Im Arbeitskreis arbeiten Eltern und pädagogische Fachkräfte aus Schulen eng zusammen. Der Arbeitskreis traf sich im Berichtsjahr fünf Mal.

Breiten Raum nahm dabei die konkrete Planung und Vorbereitung des Fachtages „Bildung für alle – Schule neu denken“ ein. Im Anschluss daran wurde intensiv an der Standortbestimmung des Landesverbandes zum gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung gearbeitet. Das Ergebnis der Beratungen im Arbeitskreis bildete für den Landesvorstand die Grundlage einer Beschlussempfehlung für die Mitgliederversammlung.

Zum Ende des Berichtsjahres sind einige langjährige Mitglieder des AK Schule ausgeschieden, im Einzelnen: Armin Bönisch (Schrozberg), Josef Cerny (Schlier), Eva Janknecht (Mannheim) und Renate Kaiser (Nürtingen). Gründe sind u. a. der inzwischen erreichte Schulabschluss der behinderten Kinder, der Eintritt in den Ruhestand oder andere familiäre Aufgabenschwerpunkte. Mit einem herzlichen Dankeschön für die langjährige engagierte ehrenamtliche Mitarbeit werden diese im Frühjahr 2011 bei einem gemeinsamen Abendessen offiziell verabschiedet. Der AK Schule ist stets offen für neue Mitglieder, die sich für schulische Themen interessieren.

## Zusammenarbeit mit den Ortsvereinen

Für die Weiterentwicklung seiner Arbeit ist der Landesverband auf eine enge, dialogorientierte Zusammenarbeit mit den Ortsvereinen angewiesen. Da alle Mitgliedsorganisationen per eMail erreichbar sind, werden nahezu alle Informationen ausschließlich auf elektronischem Wege übermittelt. Dadurch wird eine deutlich höhere Aktualität der Informationen erreicht. Aktuelle Informationen und Pressemitteilungen werden unmittelbar und ohne zeitliche Verzögerung weitergegeben. Der wöchentliche newsletter informiert zudem über alle aktuelle Themen rund um das Leben mit Behinderung.

Obwohl die elektronische Post aus dem Alltag nicht mehr wegzudenken ist, haben wir auf das klassische Ortsvereinsrundschriften nicht ganz verzichtet und zwei Mal ein solches versandt. Im Mittelpunkt standen erneut die bildungs- und sozialpolitischen Themen wie die Empfehlungen des Expertenrates zum gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung, das Elternmerkblatt zu Bildungswegekonferenzen, Informationen zur Schülerbeförderung, Änderungen im Landesheimgesetz sowie Informationen zur Heimmitwirkungs- bzw. zur Heimpersonalverordnung, Informationen zum Aufbau von Pflegestützpunkten sowie zur Demenzstrategie des Landes. Im Vorfeld der Mitgliederversammlung des Bundesverbandes und den dort anstehenden Vorstandswahlen informieren wir ebenso über dort anstehende Entscheidungen.

Zu den wesentlichen und festen Bestandteilen der Ortsvereinsrundschriften zählt neben den aktuellen Informationen auch ein Serviceangebot.

Dazu gehören zahlreiche Hinweise auf Veranstaltungen, Seminare, Broschüren und „handfeste“ Tipps für den Alltag, z.B. Informationen zum Parkausweis für Menschen mit Behinderung.

In der Rubrik „Aus den Ortsvereinen“ haben wir kurz und knapp über Neuigkeiten aus den Ortsvereinen berichtet. Runde Geburtstage feierten einige Mitgliedsorganisationen: 50 Jahre alt wurde die Lebenshilfe Donau-Iller in Ulm; 40 Jahre alt sind die Körperbehindertenförderung Neckar-Alb in Mössingen, der Spastikerverein Offenburg sowie der Körperbehindertenverein Reutlingen.

Berichtet wurde ebenso über den Vorstandswechsel in Aalen, Esslingen, Karlsruhe, Ludwigsburg und Lörrach.

Schriftliche Informationen können den persönlichen Kontakt zwischen dem Landesverband und den Mitgliedsorganisationen nicht ersetzen, sondern nur sinnvoll ergänzen. Vertreterinnen und Vertreter des Landesverbandes nahmen daher im Berichtsjahr an Mitgliederversammlungen, Jubiläumsveranstaltungen, Elternabenden u.v.m. teil.

## Ehrungen

Selbsthilfe lebt vom Mitmachen. Für ihr langjähriges außerordentliches ehrenamtliches Engagement wurden im Berichtsjahr einige Mitglieder geehrt. Mit der Verleihung der Ehrennadeln würdigte der Landesverband den unermüdlichen Einsatz zum Wohle von Menschen mit Körper- und Mehrfachbehinderung. Herzlichen Dank!

Mit der **goldenen Ehrennadel** des Landesverbandes ausgezeichnet wurde die langjährigen Vorsitzenden des Spastikervereins Karlsruhe, Beate Kuhlemann, sowie des Spastikervereins Lörrach, Irmgard Sutter.

Die **silberne Ehrennadel** wurde Brigitte Lievert, Vorstandsmitglied im Spastikerverein Lörrach, verliehen.

Mit der **bronzenen Ehrennadel** wurde Astrid Kehl, Vorstandsmitglied im Spastikerverein Lörrach, geehrt.

Für ihren freiwilligen und ehrenamtlichen Dienst in der Gemeinschaft erhielt Irmgard Sutter vom Spastikerverein Lörrach am Internationalen Tag des Ehrenamtes am 4. Dezember 2010 von Ministerpräsident Stefan Mappus im Stuttgarter Neuen Schloss das **Bundesverdienstkreuz am Bande** überreicht. Unser Landesverband hatte die Ehrung angeregt.

## Geschäftsstelle

Die Geschäftsstelle ist mit den Mitgliedsorganisationen, aber auch mit dem Landtag, der Landesregierung und vielen Organisationen im ständigen Dialog. Dies trägt mit dazu bei, dass der Landesverband als kompetente Anlauf- und Beratungsstelle geschätzt wird. Die vielen und unterschiedlichen Arbeitskontakte erleichtern eine effektive sozialpolitische Interessensvertretung für Menschen mit Körper- und Mehrfachbehinderung.

Aus der Beratungsarbeit ist Internet und die Kommunikation via eMail nicht mehr wegzudenken. Immer mehr – vor allem jüngere – ratsuchende Einzelpersonen (Menschen mit Behin-

derungen oder deren Angehörige) treten online in Kontakt mit dem Landesverband. Der Internetauftritt des Landesverbandes enthält viele Erstinformationen einer breiten Themenpalette, die ständig aktualisiert wird.

Die meisten Anfragen von Menschen mit Behinderung und ihren Familien kamen aus den Bereichen Eingliederungshilfe und Pflege, Gesundheit (Heil- und Hilfsmittelversorgung, barrierefreie Zugänglichkeit von Arztpraxen). Gegen Ende des Berichtsjahres häuften sich die Anfragen zur Inkontinenzversorgung behinderter und pflegebedürftiger Angehöriger. Veränderte Vertragsgrundlagen zwischen Krankenkassen und Lieferanten führten dazu, dass nicht mehr die im Einzelfall notwendige Menge und Qualität der Inkontinenzprodukte (vor allem Windeln) geliefert wurden.

Sehr viele Fragen drehten sich um den Bezug von Kindergeld sowie die Heranziehung der Eltern zum Unterhalt ihrer erwachsenen behinderten Kinder, die im Wohnheim leben sowie zum Nachteilsausgleich wegen Behinderung. Die Ankündigung der Landesregierung, die Sonderschulpflicht abzuschaffen und den zieldifferenten Unterricht zu ermöglichen, führte zu einem erheblichen Beratungsbedarf. Zugenommen haben Anfragen zur konkreten Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen im Alltag.

Merklich zugenommen haben Anfragen zur Entlastung der Familien bei der Betreuung und Pflege behinderter Kinder mit hohem Assistenzbedarf und zu Eltern-Kind-Kuren. Viele Menschen mit Behinderungen sorgten sich um den Erhalt ihres Arbeitsplatzes auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt oder auch in der Werkstatt für behinderte

Menschen. Immer wieder wurde die Sorge geäußert, dass aufgrund eines gestiegenen Hilfebedarfs ein Wechsel vom Arbeits- in den Förder- und Betreuungsbereich der Werkstatt notwendig werden könnte.

Ein weiterer Schwerpunkt waren Fragen zum barrierefreien Planen und Bauen sowie zum barrierefreien Nahverkehr.

Neben den eher „klassischen“ Aufgaben einer Landesberatungsstelle für körper- und mehrfachbehinderte Menschen und ihre Familien wirkte die Geschäftsstelle in Person der Geschäftsführerin als Referentin bei Tagungen, Veranstaltungen und Informationsabenden mit. In den Vorträgen im Berichtsjahr standen im Mittelpunkt die Rechte behinderter Menschen und ihrer Familien, die Hilfsmittelversorgung, Hilfen zur Entlastung der Familien, die Abgrenzung von Eingliederungshilfe und Pflege sowie die Weiterentwicklung des gemeinsamen Unterrichts von Kindern mit und ohne Behinderung.

*„Tue Gutes und rede darüber.“* Gerade in einer Mediengesellschaft ist eine intensive Öffentlichkeitsarbeit wichtig, um die eigenen Themen nach Vorne zu bringen. Dazu ist es notwendig, bestehende Kontakte zu Medien ständig zu pflegen und auszubauen. Gleichwohl ist es nicht einfach, die komplexen Fragestellungen, die uns im Alltag begegnen, Journalisten zu vermitteln. Deshalb gewinnt die Berichterstattung auf der eigenen Internetseite in Text- oder Audioform an Bedeutung. Auf diese Weise erreichen uns immer wieder Anfragen von Journalisten zu den unterschiedlichsten Themen.

Ausgelöst durch den demografischen Wandel steigt die Bedeutung und die Akzeptanz des Barrierefreien Bauens.

Immer mehr Architekturbüros, Bauherren, Baurechtsbehörde und Gemeinden wenden sich mit konkreten Fragen an den Landesverband. Das Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg hat im Herbst 2007 Planungshinweise zum Barrierefreien Bauen in einer Broschüre zusammengefasst, in der der Landesverband als Beratungsstelle für barrierefreies Wohnen benannt ist. Sehr eng ist die Zusammenarbeit mit dem Deutschen Jugendherbergswerk Baden-Württemberg. Regelmäßig wird der Landesverband als Sachverständigen bzgl. Barrierefreiheit frühzeitig in Planungen einbezogen. Als „Experten in eigener Sache“ nahm der Landesverband mehrfach im Rahmen der Anhörung der Träger öffentlicher Belange im Rahmen von Maßnahmen, die nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz gefördert werden, Stellung. Die frühzeitige Beteiligung von Selbsthilfeorganisationen der Behindertenhilfe ist seit 2002 im Bundesgleichstellungsgesetz verankert.

Im Berichtsjahr war das Sekretariat mit zwei Teilzeitmitarbeiterinnen (insgesamt 0,7 Vollkräfte) besetzt. Diese unterstützen die hauptamtliche Geschäftsführerin. Die Gehaltsabrechnung als auch die Finanzbuchhaltung werden extern erledigt.

Die Vielfalt der Aufgaben und deren Komplexität steigen seit Jahren kontinuierlich. Die personellen Ressourcen sind seit 2005 unverändert. Nur durch das enge und gute Zusammenwirken zwischen der Geschäftsstelle und dem ehrenamtlichen Vorstand sowie durch Unterstützung einzelner Honorarkräfte (v. a. bei Tagungen und Seminaren) war es möglich, die Aufgaben zeitnah und kompetent zu erfüllen.

Seit 1995 hat die Geschäftsstelle ihren Sitz im Sozialzentrum des Paritätischen. Der Paritätische wird seine Geschäftsstelle nach Stuttgart-Vaihingen verlegen. Eine gute barrierefreie Erreichbarkeit mit Bahn und / oder Bus ist für unseren Landesverband entscheidend für die Raumsuche. Inzwischen ist die Grundsatzentscheidung gefallen. Der Landesverband wird künftig eine Bürogemeinschaft mit der Geschäftsstelle des Körperbehinderten-Vereins Stuttgart gründen. Für das Jahr 2012 ist der Umzug in das sog. Baur-Areal im Stuttgarter Osten (Nähe Mineralbäder) geplant.

## Entwicklung der Mitgliederzahlen

Die Mitgliederzahlen zum 31.12.2010 auf einen Blick:

37 Mitgliedsorganisationen mit insgesamt 3.884 Einzelmitgliedern bzw. Familien mit behinderten Kindern (Vorjahr: 4.164) sowie rund 4.500 hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (inkl. Zivildienstleistende, Praktikanten und FSJler). 14 Einzelpersonen sowie ein Verein unterstützen als Fördermitglieder (ohne Stimmrecht) die Arbeit unseres Landesverbandes.

Im Berichtsjahr wurden folgende Organisationen als ordentliche Mitglieder durch Beschluss des Vorstandes neu aufgenommen:

Am 14. Juli 2010:  
Korczak-Haus Freiburg e.V.

Die Mitgliedschaft zum Jahresende 2010 gekündigt hat der Schulförderverein der Esther-Weber-Schule in Emmendingen-Wasser (Schule für Körperbehinderte).

Elternselbsthilfe ist auch heute noch wichtig. Die Lebenssituation behinderter Kinder und ihrer Familien hat sich im Vergleich zur Gründerzeit erheblich verändert – und doch gibt es noch immer viele offene Fragen. Durch die Pionierarbeit der Eltern damals sind Einrichtungen und Dienste entstanden, die heute selbstverständlich angenommen werden. Diese von Elterninitiativen gegründeten Einrichtungen schließen sich dem Landesverband an, um den Verband auch als Fachverband zu unterstützen. Junge Eltern informieren sich vorrangig im Internet und tauschen sich dort in den unterschiedlichsten Foren aus. Sie suchen daher weniger den Erfahrungsaustausch vor Ort in einer Selbsthilfegruppe. Es bleibt eine Aufgabe des Landesverbandes, sowohl die Elternselbsthilfe als auch die behinderten Menschen und deren Zusammenschlüsse zu stärken und regionale Initiativen zu unterstützen.

## Finanzielles



Ziel des Landesverbandes war und ist es, möglichst einen ausgeglichenen Jahresabschluss vorzulegen. Dies ist dank der Förderung und Unterstützung Vieler gelungen. Im Einzelnen:

## **Förderung durch das Land Baden-Württemberg**

Ein wichtiger Grundpfeiler für die Finanzierung der umfangreichen Beratungsarbeit in der Selbsthilfe stellt die institutionelle Förderung in Höhe von 46.000 Euro durch das Land Baden-Württemberg dar. Diese Landesförderung ist als eine sog. „Freiwilligkeitsleistung“ im Staatshaushaltsplan des Sozialministeriums verankert. Ein Rechtsanspruch auf eine Förderung besteht nicht. Aus der Förderung im Berichtsjahr ist für die Folgejahre nicht abzuleiten, ob und ggf. in welcher Höhe Fördermittel bereit stehen. Eine Planungssicherheit besteht somit nicht.

## **Förderung durch die Aktion Mensch**

Aktion Mensch förderte im Berichtsjahr mit insgesamt 10.403,49 Euro die Fachtagung „Bildung für alle – Schule neu denken“, das Wochenendseminar „Liebe, Partnerschaft, Sexualität – ist das auch etwas für mich?“ sowie die Fachtagung „Was Familien mit behinderten Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen brauchen“ Förderfähig sind insbesondere die Ausgaben für externe Referenten, Raummiete u. ä.

## **Selbsthilfeförderung durch die gesetzliche Krankenversicherung**

Mit der Neufassung der gesetzlichen Grundlage zur Selbsthilfeförderung nach § 20 c SGB V wurde zum Jahresbeginn 2008 eine kassenartenübergreifende Gemeinschaftsförderung und eine kassenkassenindividuelle Förderung der gesundheitsbezogenen Selbsthilfe eingeführt. Die gesetzlichen Krankenkassen sind verpflichtet, 0,56 Euro / Versicherten für die Selbsthilfe auszugeben. Mindestens die Hälfte soll in die kassenartübergreifende Gemeinschaftsförderung (sog. „Pool“)

fließen. Sie soll zudem wettbewerbsneutral erfolgen.

Im Berichtsjahr haben alle gesetzlichen Krankenkassen die Arbeit unseres Verbandes im Rahmen der Selbsthilfeförderung unterstützt. Damit ist die Selbsthilfeförderung eine wichtige Säule zur Finanzierung der umfangreichen Aufgaben des Landesverbandes.

Die gesetzlichen Krankenkassen haben daher eine Arbeitsgemeinschaft „GKV-Gemeinschaftsförderung Selbsthilfe Baden-Württemberg“ gegründet. Mitglieder der ARGE sind: AOK Baden-Württemberg, Landesverband der Betriebskrankenkassen Baden-Württemberg, IKK Baden-Württemberg und Hessen, Knappschaft (Verwaltungsstelle München), LKK Baden-Württemberg und vdak-Landesverband Baden-Württemberg (Ersatzkassen). Aus Mitteln der Gemeinschaftsförderung hat der Landesverband eine institutionelle Förderung in Höhe von 16.000 Euro erhalten.

Die gesetzlichen Krankenkassen können darüber hinaus einzelne Projektkassenindividuell fördern. Die AOK Baden-Württemberg hat im Rahmen der Projektförderung das Infomagazin „rolli-aktiv“ mit 3.300 Euro gefördert. Der Landesverband der Betriebskrankenkassen überstüzte das Projekt „Eltern machen Schule: Bildung neu denken“ mit insgesamt 1.000 Euro. Die DAK Baden-Württemberg unterstützte das Seminar „Liebe, Partnerschaft, Sexualität – ist das auch etwas für mich?“ mit 500 Euro.

## **Spenden und Bußgeld**

Aus einer Mitteilung des Deutschen Spendenrates geht hervor, dass im Jahr 2010 rund 2,3 Milliarden Euro für gemeinnützige Zwecke gespendet

wurden. Etwa jeder Fünfte über 10 Jahre unterstützt einen guten Zweck. Bei der Altersgruppe der über 50-Jährigen spendet jeder Zweite, bei den über 65-Jährigen jeder Dritte. Diese Zielgruppe erreicht man besonders durch direkte Ansprache und persönliche Anschreiben. Spendenaufrufe im Fernsehen erreichen vor allem jüngere Menschen.

Unser Landesverband verfügt über einen langjährigen festen Freundeskreis, der regelmäßig spendet. Die Spendeneinnahmen im Berichtsjahr betragen 17.209,99 Euro (Vorjahr: 17.280,68 Euro) und entspricht damit dem Vorjahresniveau. Es sind fast ausschließlich Einzelpersonen, die den Landesverband unterstützen. Die durchschnittliche Spendenhöhe betrug im Berichtsjahr bei den laufenden Spenden 38,50 Euro (Vorjahr: 34,28 Euro) und bei Aktionen 44,10 Euro (Vorjahr: 41,46 Euro) – und liegt damit deutlich über der bundesweit ermittelten durchschnittlichen Höhe einer Einzelspende, die bei 28 Euro lag. Wir sind für diese stetige Unterstützung sehr dankbar.

Seit Dezember 2009 bietet der Landesverband die Möglichkeit an, online zu spenden. Die Datenübertragung erfolgt verschlüsselt. Der gewünschte Betrag wird über das Bankeinzugsverfahren abgebucht. Dieser Weg wurde im Berichtsjahr kaum genutzt.

Der letzte Körperschaftssteuerfreistellungsbescheid datiert vom 10. August 2009 und betrifft die Jahre 2006 bis 2008. Er wurde vom Finanzamt Stuttgart Körperschaften ausgestellt. Der Landesverband ist demnach berechtigt, Zuwendungsbestätigungen für Mitgliedsbeiträge und Spenden auszustellen.

Im Berichtsjahr gingen keine Bußgelder ein.

## **Eigenmittel**

Umgesetzt wurde der Vorstandsbeschluss vom Januar 2002, Entgelte für Serviceleistungen (v. a. Referententätigkeit) des Landesverbandes (erbracht durch die Geschäftsführerin) an Dritte zu erheben. Insgesamt konnte der Landesverband 1.470,10 Euro erzielen.

Die Mitgliedsbeiträge sind seit 1997 unverändert. Bei Seminaren werden moderate Teilnehmerbeiträge erhoben. Die Mietpreise für die Ferienhäuser in Spanien entsprechen der ortsüblichen Höhe. Menschen mit Behinderungen erhalten Sonderkonditionen. Insgesamt ist der Landesverband bemüht, seine Arbeit aus unterschiedlichen Quellen zu finanzieren, um Abhängigkeiten zu vermeiden und mögliche Schwankungen auszugleichen. Gezielt werden sämtliche eigene Finanzierungsmöglichkeiten genutzt. Dazu gehört auch die Kooperation mit anderen Organisationen bei der Durchführung von Veranstaltungen.

## **Selbstverpflichtung zur Wahrung der Neutralität und Unabhängigkeit**

Der Landesverband verpflichtet sich zur Wahrung von Neutralität und Unabhängigkeit der gesundheitsbezogenen Selbsthilfe zum Umgang mit Wirtschaftsunternehmen bei gleichzeitiger Förderung durch die Krankenkassen und hat eine entsprechende Erklärung unterzeichnet.

## Rechnungslegung und Revision

Die Stuttgarter Steuerberatungsgesellschaft Kruse & Partner GmbH erledigt mit Hilfe von DATEV die Finanzbuchhaltung des Landesverbandes. Seit 1995 erfolgte die Personalbuchhaltung durch den paritätischen Wohlfahrtsverband Baden-Württemberg. Personalengpässe führten im Frühjahr 2010 zu einer vorzeitigen Kündigung des Vertrages. Der Vorstand unseres Landesverbandes beauftragte darauf die Firma Solvenius Personal- & Zeitwirtschaft mit Sitz in Stuttgart, ab Mai 2010 die Gehaltsabrechnung vorzunehmen.

Laut Satzung wird die Rechnungslegung von drei von der Mitgliederversammlung gewählten ehrenamtlichen Kassenprüfern geprüft. Zusätzlich sieht die Satzung die Prüfung des Jahresabschlusses durch einen Wirtschaftsprüfer vor. Die Mitgliederversammlung beauftragte die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft REVISIO GmbH mit Sitz in Ludwigsburg mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2010.

Im Berichtsjahr erfolgte eine routinemäßige Prüfung nach dem SGB IV durch die Deutsche Rentenversicherung Bund. Die Prüfung bezog sich auf den Zeitraum 2006 bis 2009. Die Prüfung hat keine Feststellungen ergeben.



„Bienvenidos“:  
Urlaub für alle

In seiner Satzung verpflichtet sich der Landesverband, „Freizeitmöglichkeiten zu schaffen und geeignete Einrichtungen zu unterhalten.“

Solche geeigneten Ferieneinrichtungen unterhält der Landesverband seit den 70er Jahren in Form eines Strandbungalows sowie zweier Ferienhäuser für Familien mit behinderten Angehörigen im Club Tropicana in Roquetas de Mar / Süds Spanien. Die Region gilt als die Region mit dem europaweit gesündesten Klima. Die Gemeinde ist Mitunterzeichnerin der „Erklärung von Barcelona – die Stadt und die Behinderten“ und setzt sich für die Teilhabe behinderter Menschen sowie für die barrierefreie Gestaltung von Gebäuden und öffentlichen Plätzen und Wegen ein.

Die Urbanisation wird von einer langen Strandpromenade gesäumt, die für mobilitätsbehinderte Menschen ideal ist. Der Club Tropicana grenzt unmittelbar an die befestigte Strandpromenade, von der aus auch Rollstuhlfahrer an vielen Stellen bereits durch Rampen bis an den Strand des Mittelmeeres fahren können. Die klimatischen Bedingungen sind für körperbehinderte Menschen ideal. Auf Wunsch kann eine deutschsprachige Assistenz (Heilerziehungspflegerin) vermittelt werden. Unsere Hausverwalterin ist eine Deutsche, die in unmittelbarer Nachbarschaft im Club Tropicana lebt.

Da der Flughafen Almeria spanienweit die höchsten Start- und Landegebühren erhebt, weichen viele Urlauber auf andere Flughäfen (z.B. Malaga, Granada, Valencia) aus und kommen mit dem Mietwagen nach Roquetas de Mar. Dies wirkt sich auf die Belegung aus. Es waren daher erhebliche Anstrengungen notwendig, um dennoch eine akzeptable Auslastung der Ferienhäuser zu erreichen. Dazu tragen auch die Langzeiturlauber in den Wintermonaten bei.

Die Belegung der Ferienhäuser auf einen Blick:

Monat	A 27	C 31	C 32
Januar	31	0	29
Februar	28	0	28
März	22	12	21
April	15	0	0
Mai	0	0	0
Juni	0	0	0
Juli	20	15	25
August	10	22	16
September	0	16	15
Oktober	16	6	0
November	23	21	0
Dezember	31	1	0
<b>SUMME</b>	<b>196</b>	<b>93</b>	<b>134</b>
(Vorjahr:)	(179)	(104)	(145)
<b>Auslastung</b>	<b>53,7 %</b>	<b>25,5 %</b>	<b>36,8 %</b>

## II. Tagungen, Seminare & Veranstaltungen

... da kommt was in Bewegung!  
Ein Rollstuhlkarussell für Alle wird eingeweiht

5. Mai 2010 in Freiburg (Seepark)

Spielplätze laden Kinder ein, miteinander zu spielen, zu toben und schaffen so Gelegenheit für Begegnung. Doch Kinder mit Behinderung werden all zu oft in die Rolle der Zuschauer gedrängt, da die Spielgeräte und die Spielangebote der Kinderspielplätze sich nicht an den Bedürfnissen und Fähigkeiten der Kinder mit Behinderung orientieren. Die Folge: Kinder mit Behinderung sind vom Spiel ausgeschlossen.

In Freiburg im Breisgau kommt nun etwas in Bewegung – und das ist gut so! Inklusion, das gemeinsame Mitei-

nander von Menschen mit und ohne Behinderung, beginnt von Anfang an – und nicht erst mit der Einschulung. Selbst in einer weltoffenen Großstadt wie Freiburg gab es bislang keinen öffentlichen Spielplatz mit einem Spielgerät für Menschen mit und ohne Behinderung. Dank der Idee und des Engagements von Esther Grunemann, die ehrenamtliche Beauftragte der Menschen mit Behinderung der Stadt Freiburg und beim Arbeitskreis Behinderte und Nichtbehinderte (AKBN, Zugvogel) ist, ist dies nun anders. Mit Hilfe eines zweckgebundenen Vermächtnisses von rund 20.000 Euro zugunsten „spastisch gelähmter und anderer körperbehinderter Kinder in Freiburg“ hat unser Landesverband das erste Rollstuhlfahrerkarussell Freiburgs finanziell unterstützt. Die Stadt Freiburg hat sich verpflichtet, die Kosten für den Aufbau sowie für die Unterhaltung zu übernehmen.

Am Europäischen Tag der Gleichstellung von Menschen mit Behinderung wurde das Rollstuhlkarussell bei nasskaltem Wetter im Beisein des zuständigen Bürgermeisters Otto Neideck und vieler Medienvertreter offiziell eröffnet. Die Begeisterung und die Freude der rund 60 Menschen mit Behinderung aller Altersstufen, endlich auch mitspielen zu können, waren riesig. Sie folgten gerne der Einladung zu einer (oder mehrerer) inklusiven Fahrten auf dem Rollstuhlkarussell – jede Menge Spaß inklusive!

Der Standort am Röhrenspielplatz im Seepark in Freiburg ist gut gewählt. Der Seepark ist ein beliebtes Naherholungsgebiet und mit der Straßenbahnlinie 1 barrierefrei erreichbar.

Der Landesverband hofft, dass das Beispiel Freiburg Schule macht und Kinderspielplätze verstärkt für Kinder mit und ohne Behinderung geplant und gebaut werden.

### Tagung „Bildung für alle - Schule neu denken“

12. Juni 2010 in Stuttgart

Welche Schule ist die richtige? Die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung hat seit März 2009 der Debatte um die Zukunft der Bildung für körper- und mehrfach-behinderte Kinder und Jugendliche neuen Schwung gegeben. Eltern wünschen sich neue Formen des gemeinsamen Lernens von Kindern mit und ohne Behinderung. Sie wünschen sich eine umfassende sonderpädagogische Begleitung und Förderung ihrer behinderten Kinder – und zwar unabhängig von der Art und Schwere der Behinderung, vom Bildungsplan und vom Lernort. Gleichwohl gibt es viele Eltern, die die Sonderschule als angemessenen Lernort für ihr behindertes Kind sehen und diese auch in Zukunft nicht missen möchten. Allen Eltern gemeinsam ist die Sorge, dass im Blick auf die Finanzlage der öffentlichen Hand der individuelle Rechtsanspruch auf Bildung eingeschränkt oder gar das in den vergangenen vier Jahrzehnten mühsam aufgebaute Bildungssystem für Menschen mit Behinderung gefährdet werden könnte. Viel zu oft werden in der aktuellen Bildungsdebatte die Teilhabe der Kinder und Jugendlichen mit schweren und mehrfachen Behinderungen und die damit verbundenen Anforderungen nur unzureichend in den Blick genommen.

Unser Landesverband unterstützt die Zielsetzungen der UN-Konvention und arbeitet mit an einer inklusiven Gesell-

schaft. Der verbandsinterne Fachtag sollte dazu dienen, die besonderen Interessen der körper- und mehrfach-behinderten Kindern und Jugendlichen und ihrer Eltern herauszuarbeiten und Rahmenbedingungen für die Bildung für alle zu beschreiben. Der Einführungsvortrag von Daniela Kobelt Neuhäus (Karl-Kübel-Stiftung für Kind und Familie, Bensheim) war mit „Eine Pädagogik der Vielfalt erleben“ überschrieben. Das Besondere der Tagung war die Gesprächsrunde mit Schülern mit und ohne Behinderung selbst, die von SWR-Moderatorin Silke Arning moderiert wurde. Einig waren sich alle, dass die Schüler selbst bei der Wahl der Schule mitreden wollen. Sehr unterschiedlich beantworteten sie die Frage, welche Schule denn nun die richtige ist. „Eine Schule für alle wäre eine Variante. Oder alle Schüler unter einem Dach, in einem Schulgebäude, aber in unterschiedlichen Schulen.“

In den Arbeitsgruppen am Nachmittag kamen die unterschiedlichen Perspektiven und Anforderungen an Schule zum Ausdruck. Eltern formulierten ihre Erwartungen, Wünsche, Sorgen und Ängste. Mit den Rahmenbedingungen für eine Schule für alle und ziel-differenzierten Unterricht befasste sich eine weitere Arbeitsgruppe. Die dritte Arbeitsgruppe diskutierte über die Zukunft der Sonderschulen. Eine Option wäre, die Sonderschulen zu öffnen und auch Schüler ohne Behinderung aufzunehmen. Einige Schulen gehen bereits seit Jahren diesen Weg erfolgreich.

Rund 70 Personen nahmen an der Tagung in der Torwiesenschule, in der Grundschule und Sonderschule unter einem Dach intensiv kooperieren, teil. Es entstand eine ausführliche Tagungsdokumentation, die online abrufbar ist. Sie beinhaltet auch ein Wortprotokoll der Gesprächsrunde. Diese

steht zudem als Kurz- und Langfassung zum Nachhören bereit.

Der Fachtag hat einen wichtigen Beitrag zu einer Standortbestimmung des Landesverbandes geleistet. Die Ergebnisse der Tagung flossen in ein Positionspapier des Landesverbandes ein, das die Mitgliederversammlung im November 2010 beschlossen hat.

### Seminar „Liebe, Partnerschaft & Sexualität – ist das auch etwas für mich?“

23. bis 24. Juli 2010 in Heidelberg

*„Laufen ist für mich nicht so wichtig – aber ein glückliches Leben als erwachsener Mann trotz Behinderung führen zu können. Und dazu gehört Liebe, Partnerschaft und Sexualität.“*

Kurz und bündig beschrieb ein Teilnehmer stellvertretend für viele andere seine Erwartungen.

Liebe, Partnerschaft, Sexualität – ist das auch etwas für mich? Viele Frauen und Männer mit schweren und mehrfachen Behinderungen wünschen sich einen Freund, eine Freundin. Sie träumen von einer ganz normalen Beziehung. Doch das ist alles nicht so ganz einfach. Wie und wo finde ich meine Traumfrau / meinen Traummann. Und wenn es soweit ist: wie kann ich im Wohnheim oder im ambulant betreuten Wohnen kuscheln und Sexualität erleben? Dürfen oder können Mitarbeiter bei der Umsetzung helfen? Wie reagieren meine Eltern auf meinen Wunsch auf Liebe, Partnerschaft und Sexualität? Müssen sie sogar zustimmen, weil sie meine gesetzlichen Betreuer sind? Dabei könnte alles doch so einfach sein ...

Zum Einstieg berichtete Pierre Mayer, der selbst Rollstuhlfahrer ist und in Stuttgart im ambulant betreuten Wohnen lebt, aus seiner eigenen Lebensgeschichte. Er hatte die Seminaridee und wandte sich damit an den Landesverband. Im Anschluss wurden sämtliche Fragen gesammelt, um sie im Laufe des Wochenendseminars zu beantworten.

Die Sexualpädagogin Alina Mertens stellte die Rahmenbedingungen für Liebe, Partnerschaft in betreuten Wohnformen vor. Sie ging dabei sowohl auf die emotionale Seite als auch auf die rechtlichen Bedingungen ein. In Kleingruppen – und unter Ausschluss der Assistenten – wurden folgende Themenschwerpunkte intensiv diskutiert: Wie sage ich meinen Eltern, dass ich meine Sexualität leben will? Was macht mich attraktiv? Was behindert mich / was bestärkt mich, mich attraktiv zu finden? Die Welt ist bunt – und Sexualität auch! Homo, Hetero, Bi und Transsexualität.

Am Seminar nahmen 13 Menschen mit schweren Behinderungen teil. Einige waren ohne Lautsprache und nutzten unterstützte Kommunikation (Tafeln). Alle diskutierten engagiert und intensiv mit. Aufgrund der Art und Schwere der Behinderung benötigte der Austausch sehr viel Zeit. Zugleich durfte das Seminarprogramm nicht zu dicht gedrängt sein, um zwischendurch genügend Zeit für Pflege zu haben. Beim Seminar wurden verschiedene Interviews geführt, die verdeutlichen, wie wichtig das Thema für Menschen mit Behinderungen ist. Sie sind zum Nachhören online abrufbar. Das Fazit des intensiven Seminars fasste ein Teilnehmer so zusammen: *„Ich will auf Liebe, Partnerschaft und Sexualität nicht verzichten!“*

### Aktionstag der Menschen mit und ohne Behinderungen auf der Landesgartenschau

25. Juli 2010 in Villingen-Schwenningen

„Miteinander in der Vielfalt“ lautete das Motto des Aktionstages der Menschen mit und ohne Behinderungen auf der Landesgartenschau. Die LAG Selbsthilfe hat den Aktionstag organisiert, der vom Landessozialministerium unterstützt wurde. Auf der Showbühne des Treffpunkts Baden-Württemberg präsentierten Künstler mit und ohne Behinderung Gesang, Tanz und Theater. Auf der „Straße der Selbsthilfe“ stellten die Selbsthilfeverbände ihre Arbeit vor. Unser Landesverband stellte sein Kochbuchprojekt „Auf eigenen Füßen stehen – Koch- und Haushaltstipps für Menschen mit Behinderung“ vor und lud ein, eine Apfelschäl-/schneidemaschine auszuprobieren (selbstverständlich mit „Apfelprobe“). Nach Angaben der Veranstalter sind rund 1.000 Menschen entlang der „Straße der Selbsthilfe“ flaniert.

### Tagung „Was Familien mit behinderten Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen brauchen“

21. September 2010 in Stuttgart

*„Das Erste, das der Mensch im Leben vorfindet, das Letzte, wonach er die Hand ausstreckt, das Kostbarste, was er im Leben besitzt, ist die Familie.“*

So hat Adolph Kolping im 19. Jahrhundert den Stellenwert der Familie beschrieben. Und heute? Das Familienbild ist zwar vielfältiger geworden, doch Familie stellt noch immer einen hohen gesellschaftlichen Wert dar. Politik für Familien wird zunehmend als

gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden, die in die Sozial-, Gesundheits-, Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Finanzpolitik hineinwirkt.

Familien mit behinderten Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen benötigen in besonderem Maße gesellschaftliche Solidarität. Sie brauchen Wertschätzung und Verständnis für ihre besondere Lebenssituation. Das Tagungsthema hatten sich Mitgliedsfamilien gewünscht, um im Dialog mit externen Fachleuten und untereinander Informationen zu erhalten, wie Familien entlastet werden können.

Aus wissenschaftlicher Sicht beleuchtete der Kölner Professor Dr. Andreas Eckert die besondere Familiensituation. In einer Studie hat er die Besonderheiten, Ressourcen und Bedürfnisse im familiären Leben mit einem behinderten Kind untersucht. Hannes Riedel von der Bertelmann-Stiftung erläuterte die Ergebnisse einer Studie, in der die zusätzlichen Belastungen durch Bürokratie untersucht wurden. Demnach verbringen Familien mit behinderten Kindern jährlich rund 40 Stunden mit Bürokratie (z.B. Anträge an die Krankenkasse / Pflegekasse, an das Sozialamt). Entlastung von Bürokratie ist daher dringend notwendig. Die Familienforschung beim Statistischen Landesamt begleitet Kommunen auf dem Weg zur familienfreundlichen Gemeinde. Allerdings wurden bislang die Familien mit behinderten Kindern und ihre Bedürfnisse eher beiläufig einbezogen. Eindrucksvoll schilderte die Landtagsabgeordnete Christine Rudolf, die im Hauptberuf Politikerin ist, erstmals ihre persönlichen Erfahrungen als Mutter eines körperbehinderten Kindes. Sie traf genau die Gefühlslage der anwesenden Mütter und Väter. Sie wünscht sich ein Hilfesystem, das die Familien auf ihrem ganz

individuellen Weg begleitet. Ihre Erfahrung: „Mütter sind das Kraftzentrum der Familie.“

Das Programm der Tagung wurde gemeinsam mit Eltern behinderter Kinder entwickelt. Einige konnten als Referenten – und damit als „Experten in eigener Sache“ – gewonnen werden. In Foren am Nachmittag gab es Einblicke in die Arbeit der Mütterwerkstatt („Mütter behinderter Kinder vernetzen sich.“) des Bundesverbandes für körper- und mehrfachbehinderte Menschen. Näher beleuchtet wurde die Rolle der Großeltern als „ruhender Pol in stürmischen Zeiten“. Weitere Foren waren: „Getrennte Wege, die Situation allein erziehender Mütter und Väter mit behinderten Kindern“ und „Familien mit behinderten Pflegekindern“. Den Abschluss bildete eine Lesung von Dr. Tilmann Kleinau aus dessen Autobiografie „Ich schlag' mich schon durch.“

Die gemeinsame Tagung des Landesverbandes und der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart bot ausreichend Gelegenheit zum Austausch von Menschen in ähnlicher Lebenssituation. Die Familienangehörigen leisten nicht selten einen beträchtlichen Teil der Versorgung des behinderten Familienmitgliedes. Bei der Tagung wurden daher auch Erwartungen, Wünsche und Sorgen formuliert. Rund 70 Personen haben an der Tagung teilgenommen. Die schriftliche Tagungsdokumentation sowie Kurzinterviews mit den Referenten gibt es zum Nachhören auf der Internetseite des Landesverbandes.

### Schulkindergartenkonferenz „Die „Pädagogische Planung“ als Aufgabe des Schulkindergar- tens für Körperbehinderte“

10. November 2010 in Stuttgart

Die „Pädagogische Planung“ im Schulkindergarten, im Allgemeinen als „Förderplanung“ bezeichnet, ist ein vielschichtiges Geschehen. Von der „Eingangsdagnostik“ bis zum gezielten Förderplan, der Zusammenarbeit mit dem interdisziplinären Team, den zugeordneten Sonderschullehrern, bis zum Abschlussbericht ist es ein weiter Weg. Dokumentation, Arbeit mit dem Orientierungsplan und weitere Felder sind Bestandteil unserer Herangehensweise.

Der Schulkindergarten für Körperbehinderte an der Konrad-Biesalski-Schule Wört hat ein System zur Pädagogischen Planung entwickelt und in der Praxis erprobt. Vertreter des Schulkindergartens stellten ihr Verfahren vor, das grundsätzlich auch auf andere Schulkindergärten übertragbar ist. Der rege Erfahrungsaustausch in Kleingruppen zeigte die Wichtigkeit der pädagogischen Planung.

An der Schulkindergartenkonferenz haben 39 Personen aus ganz Baden-Württemberg teilgenommen.

### Tagung „Jetzt erst recht: Nichts über uns - ohne uns!“ Das SGB IX im Lichte der UN- Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung

18. November 2010 in Stuttgart

Vorschläge für einen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen zu erarbeiten, war das Ziel einer gemeinsamen Tagung der Deutschen Rentenversicherung Baden-Württemberg, der LAG Selbsthilfe und unseres Landesverbandes. Schließlich wirkt sich die UN-Konvention auch auf das SGB IX aus und gesucht wird ein zeitgemäßes Reha-Recht. Über 100 Vertreter aus Politik, Behinderten-Selbsthilfegruppen und Sozialversicherungsträgern nahmen daran teil.

Was die UN-Konvention für Menschen mit Behinderungen für den Alltag bedeutet, stellte Dr. Karin Grüber vom Institut Mensch, Ethik und Wissenschaft mit Sitz in Berlin vor. Bis Ende März 2011 muss Deutschland einen Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung vorlegen. Einen Zwischenbericht gab Richard Fischels vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Nach so viel Theorie berichtete Pierre Mayer aus Stuttgart aus seinem Alltag als Rollstuhlfahrer. Er schilderte, was es für ihn heißt, pflegebedürftig und auf die Unterstützung Dritter angewiesen zu sein und nicht am allgemeinen Arbeitsmarkt teilhaben zu können.

Am Nachmittag wurde es noch konkreter. In Workshops wurden die Themenfelder „Unabhängige Lebensführung und Einbeziehung in die Gemeinschaft (Wohnen)“, „Gesundheit“ und „Rehabilitation / Arbeit und Beschäftigung“ intensiver bearbeitet. Die Ergebnisse

und Forderungen wurden dokumentiert und stehen zum download bereit. Richard Fischels versprach den Teilnehmern, die Anregungen in den Nationalen Aktionsplan aufzunehmen.

### „Eltern machen Schule“

Treffen der Elternbeiräte an Schulen für Körperbehinderte

Elternselbsthilfe lebt vom Mitmachen. Unser Landesverband bietet den Elternbeiräten an Schulen für Körperbehinderte eine Plattform, sich auf Landesebene auszutauschen. Viele Elternbeiräte erleben sich als „Einzelkämpfer“ an ihrer Schule und freuen sich daher, mit anderen Eltern aus anderen Schulen Erfahrungen austauschen zu können. Sie erleben es als befreiend und wohltuend, im Kreis anderer Betroffener sich offen über die Sorgen und Ängste, Hoffnungen und Wünsche austauschen zu können. Dies trägt auch zum eigenen gesundheitlichen Wohlbefinden bei.

Mehrheitlich haben sich die Elternbeiräte dabei für Termine unter der Woche ausgesprochen, da die Wochenenden für die Familie reserviert sind. Um berufstätigen Eltern eine Teilnahme zu ermöglichen, wurde die Tagung „Bildung für alle – Schule neu denken“ auf einen Samstagtermin gelegt.

Schwerpunktthema war die Umsetzung des Artikels 24 (Bildung) der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung. Wie kann, muss, soll Schule / Unterricht für körper- und mehrfachbehinderte Kinder aussehen? Wie kann gemeinsamer Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung gestaltet werden? Welche Chancen bietet gemeinsamer Unterricht, was ist dabei zu beachten?

Wie wird die notwendige (pädagogische, medizinisch-therapeutische) Förderung gewährleistet? Wie kann bereits im Vorschulalter gemeinsamer Unterricht beginnen? Regel- oder Sonderschule: was ist die richtige?

Breiten Raum nahm auch die Diskussion um die notwendige Entlastung der Familien ein. Die von den Elternbeiräten angeregte Umfrage des Landesverbandes zeigte den steigenden Bedarf an Entlastung (Wochenenden und Schulferien). Weitere Themen waren Fragen zur Schülerbeförderung sowie Aufgaben und Selbstverständnis der Elternarbeit an den Schulen.

Im Berichtsjahr 2010 gab es zwei Treffen der Elternbeiräte in Stuttgart, an denen jeweils etwa 10 Mütter teilnahmen. Ein Teil der Elternbeiräte arbeitet zudem aktiv im AK Schule des Landesverbandes mit.

## Heimsonderschulkonferenzen

Ziel der Heimsonderschulkonferenzen ist der Erfahrungsaustausch zwischen den privaten Heimsonderschulen zu intensivieren – unabhängig von der Trägerschaft. Im Berichtsjahr hat der Landesverband zu zwei Treffen eingeladen. Etwa 15 bis 20 Personen nehmen durchschnittlich an den Treffen in Stuttgart teil.

Im Mittelpunkt stand dabei erneut der gemeinsame Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung und die Rolle der Heimsonderschulen (in freier Trägerschaft), das Verfahren zur Aufnahme von Kindern in den Heimsonderschulen sowie die Finanzierung der Sachkosten für die Begleitung behinderter Kinder an Regelschulen.

## Wohnstättenkonferenzen

Ziel der Wohnstättenkonferenzen ist der Erfahrungsaustausch zwischen den Einrichtungsträgern von Wohnstätten für körper- und mehrfachbehinderte Menschen zu intensivieren – unabhängig von der Trägerschaft. Im Berichtsjahr hat der Landesverband zu zwei Treffen eingeladen: am 21. April 2010 (Pforzheim) und am 13. Oktober 2010 (Lörrach). Etwa 15 Vertreter von Wohnstätten nahmen durchschnittlich an den Wohnstättenkonferenzen teil.

Im Mittelpunkt der Beratungen standen erneut die Abgrenzung zwischen Pflege und Eingliederungshilfe, die medizinische Behandlungspflege in stationären Wohneinrichtungen, Schwierigkeiten mit der Ermittlung des Hilfebedarfes eines Bewohners („Metzler-Verfahren“), die gesundheitliche Versorgung im Wohnheim (ärztliche und fachärztliche Versorgung, bedarfsgerechte Versorgung mit Heil- und Hilfsmitteln), teilweise unzureichende Versorgung der Bewohner mit Inkontinenzartikeln, Anforderungen an die Hygiene in Wohneinrichtungen der Behindertenhilfe sowie die Umsetzung des Landesheimgesetzes.

## III. Publikationen & Öffentlichkeitsarbeit

### Infomagazin „rolli-aktiv“

Seit 1998 gibt der Landesverband zwei Mal jährlich das Infomagazin „rolli-aktiv“ heraus. Der Adressatenkreis umfasst Mitglieder, Freunde und Förderer, Einrichtungen für Körperbehinderte sowie Verantwortliche in Politik und Verwaltung. Es steht auch als pdf-Datei als download im Internet bereit.

## ... da kommt was in Bewegung! Spielplatz für alle!

Ausführlich berichteten wir in der Sommerausgabe Nr. 26 über die Einweihung des ersten Rollstuhlkarussells auf einem öffentlichen Spielplatz in Freiburg. Marvin ist erstmals in seinem 16-jährigen Leben allein Karussell gefahren! Damit wird deutlich, welchen immensen Nachholbedarf es noch immer gibt auf dem Weg zur vollständigen Teilhabe behinderter Menschen.

## Bildung für alle ist Zukunft!

Allgemeine Schule, Sonderschule oder etwas ganz Anderes? Welche Schule ist die richtige? Kaum eine Frage bewegt Eltern mehr. Seit Inkrafttreten der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen hat die Debatte um eine „Schule für alle“ eine ungeheure Dynamik entwickelt. In unserer Winterausgabe Nr. 27 stellten wir die von der Mitgliederversammlung dazu beschlossenen Eckpunkte und Forderungen vor.

Wir berichteten ebenso über die Tagung des Landesverbandes, die Einführung von Bildungswegekonzferenzen und den „Dauerbrenner“ Schülerbeförderung.

Was bedeuten die einzelnen Artikel der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen für unseren Alltag? Wir stellten neben dem Artikel „Bildung“ die Artikel „Barrierefreiheit / Zugänglichkeit“, „Familie“, „Mobilität“, „Teilhabe“, „Wohnen“, „Recht auf Leben“ und „selbständige Lebensführung“ an Hand ganz konkreter Fragen vor. Kurz und knapp berichteten wir über die Tagungen des Landesverbandes, Ehrungen und Jubiläen im Landesverband, die Wanderausstellung „Fußball baut Brücken“, Pflegestützpunkte, Bundesfreiwilligendienst, Anforderungen an den neuen Personalausweis, europaweit einheitli-

che Parkausweise, Suche nach barrierefreien Zahnarztpraxen, Schwierigkeiten bei der Versorgung mit Inkontinenzartikel und wie man Abhilfe schaffen kann, Steuerfreibeträge für ehrenamtliche gesetzliche Betreuer und die Urlaubsangebote des Landesverbandes in Roquetas de Mar. Vorgestellt haben wir zudem unser neues, von der Baden-Württemberg Stiftung gefördertes, Projekt „Hinter dem Horizont geht's weiter ... - was kommt nach den Eltern?“. Nicht vergessen werden darf auch unser Buchtipps „Geht nicht, gibt's nicht“, die Biografie unseres Mitglieds Willi Rudolf aus Mössingen.



**ROLLI-aktiv**  
Informazin des Landesverbandes für Menschen mit Körper- und Mehrfachbehinderung Baden-Württemberg  
Ausgabe 27 | Dezember 2010

Liebe Leserin, lieber Leser,

Ein spannendes Jahr liegt sich dem Ende zu. Wir haben auch in unserem Landesverband zur praktischen Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen ganz viel und „Draußen“ gearbeitet und gearbeitet. „Bildung für alle - Schule für alle?“ hat unsere vorausblitzende Fachtagung im Juni, die unser AK Schule vorbereitet hat. Eine ganz offene, keine Diskussion und ein prima Austausch waren der Rahmen. Fachbeiträge, Presseberichte und vor allem eine Gesprächsrunde mit den Betroffenen, den Schullehrern und Schülern selbst, standen im Mittelpunkt. Angelika, Gagner, Bettendorfer, aber gemeinsamen Interessen kamen zu Wort und haben sich wacker geföhrt. Im Gespräch bleiben - das wird, das muss auch in Zukunft unser Weg sein. Am Ende haben wir zwei Eckpunkte auf dem Weg zum gemeinsamen Lernen nicht formuliert.

Tolle Tagungen haben stattgefunden. Viele Fragen, die unsere Mitgliedern beunruhigen, wurden von unserem Landesverband und der hoch aktiven Geschäftsstelle beantwortet. Will Rudolfschein „Lebende Neubauer“ vermerkt.

Bis zur Landtagswahl im März 2011 werden die Weichen für die nächsten fünf Jahre gestellt. Was soll für Menschen mit Behinderung aktiv passieren? Wo stehen Sie „zur Schule“? Schreiben Sie uns Ihre Fragen für unsere Wehrpräzision - schließlich geht es nicht nur um einen Bericht in Stuttgart. Wir bringen uns ein, damit: „Niemand über uns ohne uns!“

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein gesundes Weihnachtsfest, Gesundheit und alles Gute für 2011!

Hilke Ulrich-Krieg, Vorstand

### ■ Bildung für alle ist Zukunft!

Stiftung: Allgemeine Schule, Sonderschule oder etwas ganz Anderes? Welche Schule ist die richtige? Kaum eine Frage bewegt Eltern mehr. Spätestens seit dem Inkrafttreten der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen hat die Debatte um eine „Schule für alle“ eine ungeheure Dynamik entwickelt.



- Nach vielen intensiven Debatten sollte die Erkenntnis, dass eine inklusive Schule also eine Schule sein muss, in der alle Kinder entsprechend ihrer individuellen Fähigkeiten und Bedürfnisse gefördert werden. Sowohl hoch begabte Kinder als auch schwerst mehrfach behinderte Kinder nehmen hier ihr Recht auf Bildung wahr. Die Akzeptanz des Anders-Seins ist die Basis für eine gelingende Teilhabe. Inklusion bedarf gesetzlicher und administrativer Regelungen, die pädagogische Standards und organisatorische Rahmenbedingungen garantieren. Unsere Mitgliederversammlung hat diese zwölf Eckpunkte und Forderungen auf dem Weg zu inklusiven Schulen Ende November einstimmig beschlossen. Im Strahlen:
1. Das Recht auf Bildung für alle Kinder mit und ohne Behinderung ist ein Menschenrecht und daher unverstößt
  2. Inklusion - von Anfang an!
  3. Gemeinsam lernen!
  4. Eltern haben die Wahl... - Stärkung des Elternwahlrechts
  5. Eltern entscheiden über den Lernort - und die Schülerbeförderung trägt automatisch dieser Entscheidung
  6. Sonderschulen sind Teil eines vielfältigen Schulangebots
  7. Sonderpädagogische Förderung ist kein - unabhängig vom Förderort!
  8. Alle Schulen öffnen sich...
  9. Alle Schulen müssen durchgängig barrierefrei sein!
  10. Lernensituation verändern: Inklusive Pädagogik muss im Mittelpunkt der Unterrichtsentwicklung stehen
  11. Unterrichts- und Lerngegenstände taugbar!
  12. Inklusion erfordert eine gute und verlässliche Finanzierung!

Wir sind davon überzeugt, dass eine inklusive Schule allen Schülern mit und ohne Behinderung alle Chancen bietet. Es lohnt sich also, den Weg konsequent zu gehen.

INFO: Das ausführliche Positionspapier erhalten Sie bei der LV-Geschäftsstelle sowie unter [www.lv-kooperativ.de](http://www.lv-kooperativ.de). Dort erhalten Sie auch unser Merkblatt für Eltern zu den neu eingeföhrt Bildungswegekonzferenzen.

## Ratgeber „Mein Kind ist behindert - diese Hilfen gibt es“ (aktualisiert, 9. Auflage, Januar 2010)

Das Leistungsrecht für Menschen mit Behinderung und ihren Familien ist weit verzweigt. Der Ratgeber gibt Menschen mit Behinderungen und ihren Familien einen kurzen Überblick, in welcher Situation welche Hilfe in An-

spruch genommen werden kann. Der Anhang enthält weiterführende Literatur, wichtige Ansprechpartner sowie Linktipps. Der Ratgeber erfreut sich großer Beliebtheit. Er ist derzeit nur als download verfügbar.

## Zum Anklicken

[www.lv-koerperbehinderte-bw.de](http://www.lv-koerperbehinderte-bw.de)



Immer mehr Deutsche sind online. Ganz selbstverständlich wird heute das Internet als Informationsquelle genutzt. Immer häufiger nehmen Menschen mit Behinderungen und ihre Familien online Kontakt zum Landesverband auf. Umso wichtiger ist eine aktuelle und klar gegliederte Internetpräsenz.

Durchschnittlich wurden monatlich 11.279 Seitenabrufe (Vorjahr: 9.635) registriert, im Berichtsjahr insgesamt 135.348 Seitenabrufe (Vorjahr: 115.630). Dies entspricht einer täglichen Besucherzahl von durchschnittlich 370 (Vorjahr: 167). Im Berichtsjahr 2010 wurden insgesamt 72.073 Sessions gezählt. Dies entspricht monatlich 6.552 und täglich 197. Diese enorme Steigerung dokumentiert die Kompetenz unseres Landesverbandes zu Themen rund um das Leben mit Körper- und Mehrfachbehinderung. Die Internetseite ist über die gängigen Suchmaschinen leicht zu finden, da sie auch viele Verknüpfungen zu anderen Seiten bietet.

Die Internetseite ist übersichtlich gegliedert und enthält viele Informationen zum Leben mit Behinderung. Aktuelles findet sich auf Seite 1. Über die Navigationsleiste werden die Besucher direkt zu den einzelnen Rubriken geleitet: Themen, Zum Reinhören, Leben ohne Barrieren, Recht und Politik, Mitgliedsorganisationen, Landesverband, Publikationen, downloads, Termine, Links, Ferienhäuser, online-Spende, Kontakt & Impressum. Alle Ratgeber und Merkblätter des Landesverbandes werden laufend aktualisiert und stehen zum download bereit. An exponierter Stelle finden sich zudem Links zu den Dachverbänden (Bundesverband, LAG Selbsthilfe, Paritätischer) zu den gemeinsamen Servicestellen, zu den gesetzlichen Krankenkassen, zum Behördenwegweiser Baden-Württemberg, zum swef-radiportal, zur Projektseite [www.kochen-kann-ich-auch.de](http://www.kochen-kann-ich-auch.de) sowie zu den Ferienhäusern des Landesverbandes. Alle Bereiche sind kostenlos für alle zugänglich.

Eine Besonderheit ist die Rubrik „zum Reinhören“. Im Berichtsjahr 2010 sind rund 40 Audiobeiträge erstellt worden. Sie sind lebendig und vermitteln einen authentischen Eindruck und ergänzen auf ideale Weise die vielen schriftlichen Informationen.

## [www.kochen-kann-ich-auch.de](http://www.kochen-kann-ich-auch.de)



**„Auf eigenen Füßen stehen – Koch- und Haushaltstipps für selbständiges Wohnen“**  
 ... aber ich kann doch gar nicht kochen ...  
 Alle Welt redet vom selbst bestimmten Leben trotz Behinderung. Wir auch. Doch dann gibt es die kleinen und großen Steine, die auf dem Weg gerastet werden müssen. Menschen mit schweren Behinderungen, die Bäume werden wollen und von zuhause in eine ambulant betreute Wohnung ziehen wollen, erzählen von ihren Ängsten und Sorgen ... aber ich kann doch gar nicht kochen! ... wie eine der Sorgen. Und da gab es die Eltern, vor allem die Mütter, die sich nicht vorstellen konnten, dass ihr behindertes Kind erwachsen wurde und – wie zuvor schon die nicht behinderten Geschwister – auch ausziehen und ein eigenes Leben führen wollten. Der Erwand ... aber Du kannst doch gar nicht kochen! sollte das Kind zum Vorlieb im „Hotel Mama“ bewegen. Erwachsene werden selbständig sein – sieht anders aus und genau hier setzt unser Projekt „Auf eigenen Füßen stehen – Koch- und Haushaltstipps für selbständiges Wohnen“ an. ... Das Projekt



Die Internetseite informiert über das – inzwischen abgeschlossene – Projekt, die Kochkurse und den Kochgipfel. Die Rezepte stehen zum download bereit. Im Berichtsjahr 2010 wurden rund 10.000 Besucher gezählt.

## Newsletter

Über die Internetseite des Landesverbandes kann ein newsletter abonniert (oder abbestellt) werden. Er erscheint regelmäßig freitags. Im Berichtsjahr 2010 wurden 47 Ausgaben versandt (Vorjahr: 43). Im Berichtsjahr 2010 hat sich die Zahl der direkten Abonnenten von 550 auf 725 erhöht. Viele Abonnenten leiten den newsletter an deren Verteiler weiter. Immer wieder erreichen Anregungen, Nachfragen und Lob die newsletter-Redaktion.

Zielgruppen des newsletter sind sowohl Familien mit behinderten Angehörigen, Verantwortliche in Mitgliedsorganisationen, Einrichtungen der Behindertenhilfe und Schulen als auch interessierte Einzelpersonen, Partnern in Politik, Verwaltung und Verbänden.

Mit dem newsletter gibt der Landesverband schnell und direkt aktuelle Informationen rund um das Leben mit Behinderung weiter. Ein aktueller, humorvoller oder nachdenklicher Einstieg weckt Interesse und animiert zum Weiterlesen. Der newsletter ist kurz und übersichtlich (max. fünf Absätze). Das jeweilige Thema wird in wenigen Sätzen erklärt und ergänzt durch Links zum Vertiefen.

Ausführlich berichteten wir über die UN-Konvention über die Umsetzung der Rechte von Menschen mit Behinderung (v. a. Artikel 24 Bildung, Weiterentwicklung des gemeinsamen Unterrichts, Bildungswegekonferenz), Umsetzung des Landesheimgesetzes, aktuelle Urteile rund um das Leben mit Behinderung (Kindergeld, Bauen, Eingliederungshilfe, Pflegeversicherung, Krankenkasse). Wir gaben Bücher-, Radio-, Fernseh-, Kino- und Veranstaltungstipps weiter, machten auf interessante Broschüren und Ratgeber aufmerksam. Das Leben mit Behinderung ist vielseitig und daher ist unser newsletter so bunt wie das Leben selbst.

[www.swef-radioportal.de](http://www.swef-radioportal.de)



SWEF ist das erste Spartenradio im Internet für soziale und soziokulturelle Themen. Der Paritätische Wohlfahrtsverband Baden-Württemberg bietet seinen Mitgliedsorganisationen eine neue Medienplattform. Sie können bei SWEF ihre soziale Arbeit, ihr Engagement und ihr Dienstleistungsangebot vorstellen, z.B. im Kanal „Leben mit Behinderung“. Unser Landesverband ist von Anfang dabei und nutzt das Webradio als zusätzliche Plattform, Anliegen und Themen vorzustellen.

Zu den am meisten angeklickten Audiobeiträgen auf SWEF zählt derzeit der Beitrag „getrennte Wege - alleinerziehende Mütter und Väter behinderter Kinder“. Er entstand bei der Tagung unseres Landesverbandes „Was Familien mit behinderten Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen brauchen“.

## IV. Inhaltliche Schwerpunkte

### Teilhabe und Selbstbestimmung Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behin- derungen in den Alltag

Seit 26. März 2009 ist das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (VN-BRK) in Deutschland in Kraft. Es hat den Rang eines einfachen Bundesgesetzes. Darin werden die allgemeinen Menschenrechte aus der Sicht von Menschen mit Behinderungen konkretisiert. Behinderung wird darin als Teil der Vielfalt menschlichen Lebens betrachtet. Die Leitlinien heißen u.a. uneingeschränkte Teilhabe (Inklusion), Nicht-Diskriminierung und Zugänglichkeit (im Sinne einer umfassenden Barrierefreiheit). Alle Entscheidungen müssen sich dran messen lassen, wie sie sich im Alltag auf Menschen mit Behinderungen auswirken. Eine Veränderung des Bewusstseins ist der erste Schritt zu einer umfassenden Teilhabe. Auf Bundes- und Landesebene sind daher Aktionspläne zur Umsetzung gemeinsam mit Menschen mit Behinderungen und ihren Selbsthilfverbänden zu erstellen.

Die inhaltliche Arbeit unseres Landesverbandes orientiert sich an den Zielen der UN-Konvention. Im Einzelnen:



### Artikel 7 VN-BRK

#### Rechte der Kinder

**Forderung:** Kinderschutz für behinderte Kinder weiter verbessern

Seit März 2009 ist das Gesetz zum präventiven Schutz der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Baden-Württemberg (Kinderschutzgesetz Baden-Württemberg) in Kraft; auf Bundesebene wird seit langem ein Gesetzentwurf beraten. Aufgrund der Bedeutung des Themas drängte unser Landesverband auch in 2010, endlich Maßnahmen zu ergreifen, die auch Kinder mit Behinderungen wirksam vor Missbrauch schützen. Das Sozialministerium Baden-Württemberg verwies auf das geplante Bundeskinderschutzgesetz. Dort sei zu klären, inwieweit die Regelungen des § 8 a SGB VIII auf Einrichtungen der Behindertenhilfe und Schulkindergärten zu übertragen sind. Eine Erweiterung des Schutzauftrages bei Kindeswohlgefährdung würde das Landessozialministerium nach wie vor sehr begrüßen.

Eine schrittweise Verbesserung ist im vorschulischen Bereich festzustellen: die Jugendämter sind zwischenzeitlich sensibilisiert und beziehen immer häufiger auch Schulkindergärten und Frühförderangebote in den vom SGB VIII vorgeschriebenen Schutzauftrag ein.

### Artikel 9 VN-BRK: Zugänglichkeit

#### Barrierefrei - na klar!

Die durchgängige Barrierefreiheit ist unabdingbare Voraussetzung, damit mobilitätsbehinderte Menschen jeden Alters am Leben in der Gesellschaft teilhaben können. Deshalb engagiert sich der Landesverband seit vielen Jahren für ein „Leben ohne Barrieren“.

**Bündnis Barrierefreies Stuttgart 21**  
Kaum ein Bauprojekt ist so umstritten wie der geplante unterirdische Hauptbahnhof in Stuttgart. Mit einer geplanten Bauzeit von zehn und mehr Jahren wird er das Leben in der Landeshauptstadt nachhaltig verändern. Sowohl in der Bauphase als auch anschließend sind Menschen mit Mobilitätseinschränkungen besonders betroffen.

Ihre Interessen werden von zahlreichen Behindertenverbänden im Bündnis Barrierefreies Stuttgart 21 unter der Federführung des Dachverbandes Integratives Planen und Bauen e.V. (DIPB) vertreten. Es wurde im März 2010 gegründet. Unser Landesverband arbeitet von Anfang an mit.

Das Bündnis setzt sich dafür ein, „dass eine barrierefreie Nutzung des Hauptbahnhofes Stuttgart während der Bauphase gegeben ist und ein barrierefreies Stuttgart 21 entsteht.“ Die Anforderungen an ein barrierefreies Stuttgart 21 (gemeinsam mit dem Körperbehinderten-Verein Stuttgart hat unser Landesverband am Forderungskatalog der gehbehinderten Menschen und Rollstuhlfahrer mitgearbeitet) hat das Bündnis am 30. März 2010 an die Bürgerbeauftragte für Stuttgart 21 übergeben. Als Planungsleitfaden dient die neue DIN 18040. Weitere Informationen sind unter [www.dipb.org](http://www.dipb.org) abrufbar.

## Beteiligung bei Planungen

Anerkannte Selbsthilfeorganisationen behinderter Menschen müssen seit Inkrafttreten des Bundesbehindertengleichstellungsgesetzes zum 1. Mai 2002 als sog. „Träger öffentlicher Belange“ an Planungen beteiligt werden, für die Fördermittel nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) beantragt werden. Die früh-

zeitige Beteiligung Betroffener ist eine gute Möglichkeit, praxisnahe und günstige Lösungen zu entwickeln. Im Berichtsjahr wurde der Landesverband erneut bei einigen wenigen Planungen einbezogen. Aus Sicht der Betroffenen ist eine frühzeitige Beteiligung für alle Beteiligten hilfreich; allerdings erfolgt die Beteiligung der Selbsthilfeverbände analog der Träger öffentlicher Belange noch nicht im wünschenswerten Umfang. Der Landesverband ist zur Mitarbeit bereit.

Im Berichtsjahr war der Landesverband bei folgenden **Projekten** beteiligt:

- Aufstellung eines Bebauungsplanes „Maiergasse“ in Aalen-Wasseralfingen (Ostalbkreis) (im Auftrag des KBV Ostwürttemberg)
- Aufstellung eines Bebauungsplanes „Umgestaltung Südkreisel“ in Aalen-Wasseralfingen (Ostalbkreis) (im Auftrag des KBV Ostwürttemberg)
- Ausbau der Nahverkehrsinfrastruktur am Bahnhof Graben-Neudorf (Landkreis Karlsruhe)
- Planfeststellungsverfahren gemäß § 28 Personenbeförderungsgesetz für die Stadtbahn Heilbronn Nord, Gemarkung Heilbronn (Teilnahme am Erörterungstermin)
- Umgestaltung Ortsdurchfahrt Ilsfeld (Landkreis Heilbronn)
- Planfeststellungsverfahren nach §§ 18 – 18 e Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) für die Wiedererrichtung des Kreuzungsbahnhofes Fornsbach (Stadt Murrhardt, Landkreis Rems-Murr)
- Umbau eines Verwaltungsgebäudes zu einem Entertainmentcenter mit Spielhallen und Gastronomie in Rastatt (Landkreis Rastatt)
- Bau eines Zentralen Omnibusbahnhofs in Wendlingen am Neckar (Landkreis Esslingen)

## Beteiligung an der **Fortschreibung von Nahverkehrsplänen:**

- Anhörung zur Fortschreibung des Nahverkehrsplanes im Landkreis Konstanz

## Beteiligung an **Programmen zur Herstellung von Barrierefreiheit** gemäß § 2 Absatz 3 Eisenbahn-Ordnung (EBO):

- Museumsbahn Amstetten – Oppingen („Alb-Bähnle“)
- Landkreis Konstanz EVU Seehäse („Seehäse“) zwischen Radolfzell und Stockach

## **LGVFG löst GVFG zum 1.1.2011 ab**

Als Ersatz für das GVFG des Bundes im Zuge der Föderalismusreform I schreibt das Entflechtungsgesetz eigenständige Landesregelungen vor. Am 15. Dezember 2010 hat der Landtag von Baden-Württemberg das Gesetz über Zuwendungen des Landes zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden (Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz - LGVFG) beschlossen; es tritt – mit Ausnahme der Regelungen über die Förderung von Lärmschutzmaßnahmen an bestehenden Straßen – zum 1. Januar 2011 in Kraft. Auch künftig ist Voraussetzung für die Förderung des kommunalen Straßenbaus (einschl. Radwege) und des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) die Berücksichtigung der Belange behinderter Menschen sowie die Pflicht zur frühzeitigen Anhörung (§ 3 Ziffer 1 d).

Barrierefreie Planung gewinnt zunehmend an Bedeutung. Dies ist auf den demografischen Wandel und der älter werdenden Bevölkerung zurückzuführen. Bauherren und Planungsbüros sind offener geworden für Anregungen zugunsten der Barrierefreiheit.

## *Generalverkehrsplan*

### *Baden-Württemberg 2010*

Unter dem Leitmotiv „nachhaltige Verkehrsentwicklung – Mobilität sichern“ wurde der Generalverkehrsplan am 14. Dezember 2010 von der Landesregierung beschlossen. Er löst den Plan aus dem Jahr 1995 ab und hat den Planungszeitraum bis 2025 im Blick. „Barrierefreiheit (im ÖPNV) soll nach und nach zum Standard für alle werden.“ (GVP 2010, S. 17). Die Belange älterer – und damit auch die mobilitätsbehinderter – Menschen sollen zudem im Fußgängerverkehr stärker berücksichtigt werden.

Unser Landesverband hatte bereits 2009 aus der Sicht von Menschen mit Körper- und Mehrfachbehinderung eine Stellungnahme zur GVP-Fortschreibung abgegeben.

## *Öffentliche Petition: Barrierefreier Zugang zum Bahnsteig gefordert*

Eine unendliche Geschichte? Nachdem die Verbandsklage um das Beibehalten eines barrierefreien Zugangs zum Bahnsteig in Oberkochen (Ostalbkreis) sowohl vom Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg in Mannheim (2005) als auch vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig (2006) gescheitert ist, ist der Rechtsweg ausgeschöpft. Aus § 2 Abs. 3 der Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung (EBO) ergebe sich keine Pflicht eines Eisenbahnunternehmens, Zugänge zu Bahnsteigen barrierefrei herzustellen oder einen barrierefreien Zugang zu erhalten, so die Gerichte.

Im März 2007 hat der Landesverband daher beim Deutschen Bundestag eine öffentliche Petition (398) eingereicht. Darin fordert der Landesverband, ein Verschlechterungsverbot in Sachen Barrierefreiheit im Gesetz zu veran-

kern. So soll erreicht werden, dass ein vorhandener barrierefreier Zugang zum Bahnsteig bei baulichen Veränderungen erhalten bleibt oder hergestellt wird. Innerhalb von sechs Wochen haben 3.199 Einzelpersonen und Organisationen im Internet sowie weitere rund 2.500 Menschen auf Unterschriftenlisten die Petition mit gezeichnet.

Aufgrund steigender Reisendenzahlen am Bahnhof Oberkochen hat die Deutsche Bahn inzwischen nachträglich einen Aufzug eingebaut. Täglich würden rund 1.200 Personen ab Oberkochen die Bahn nutzen. Im 8 km nördlich gelegenen Hauptbahnhof Aalen wartet man noch immer vergeblich auf den Einbau der Aufzüge, der bereits für die Jahre 2005 / 2006 zugesagt war....

Seit Mai 2007 befindet sich die Petition noch immer in der parlamentarischen Prüfung. Das Ende ist nicht absehbar.

**Barrierefreies Bauen: wir beraten**  
Regelmäßig fragen landesweit Planer, Gemeindeverwaltungen und Bauherren den Landesverband als „Experte in eigener Sache“ bei Planungsdetails an, um so gemeinsam praktikable Lösungen zu finden. Diesen Weg gilt es konsequent weiterzugehen.



### **Mobilitätsmanagement**

Wie sieht die Mobilität der Zukunft aus? Wie können Städte einem drohenden Verkehrskollaps entgehen? Wie kann der Wunsch der Bürger, mobil zu sein, verbunden werden mit Klimaschutz und geringerer Verkehrsbe-

lastung? Unter dem Dach der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Baden-Württemberg hat das Umwelt- und Verkehrsministerium eine Arbeitsgruppe eingerichtet, in der Vertreter von Natur-, Umwelt- und Verkehrsverbänden, Ministerien und Kommunen auch der Landesseniorenrat und der Landesverband für Menschen mit Körper- und Mehrfachbehinderung mitarbeitet. Gemeinden in Vorarlberg (Österreich) haben in lokalen Aktionsprogrammen positive Erfahrungen gesammelt. Nun soll gemeinsam überlegt werden, wie in Baden-Württemberg erfolgreich ein Netzwerk Mobilitätsmanagement aufgebaut werden kann. Der Landesverband setzt sich dabei für barrierefreie Strukturen ein.

**Tourismus für alle - ohne Barrieren!**  
Unser Landesverband hat sich mit „Wandern mit dem Rollstuhl“ sowie seinem Engagement für ein „Leben ohne Barrieren“ zu einem gefragten Partner und Experten entwickelt.

Seit einigen Jahren besteht die Kooperation mit dem Deutschen Jugendherbergswerk – Landesverband Baden-Württemberg. Bei Planungen wird der Landesverband als „Experte in eigener Sache“ einbezogen. Im Berichtsjahr war unser Landesverband einbezogen in die geplanten Modernisierungsmaßnahmen der Jugendherbergen Bad Urach und Tübingen sowie beim Neubau einer Jugendherberge in Bad Cannstatt. Durch die frühe Einbeziehung in die Planungen gelingt es, von Anfang an Barrierefreiheit umzusetzen.

Artikel 20 VN-BRK

## Mobilität

### Weiterhin freie Fahrt in Bussen und Bahnen!

Für einige Aufregung sorgte der Beschluss der Haushaltstrukturkommission im November 2009, dem Sozialministerium einen Prüfauftrag für eine Neuordnung der Freifahrtenregelung zu geben (s. Jahresrückblick 2009). Als Reaktion auf den Beschluss der Mitgliederversammlung unseres Landesverbandes versicherten alle Verantwortlichen, dass besonders schwer behinderte Menschen weiterhin freie Fahrt in Bussen und Bahnen haben. Angestrebt werde eine passgenauere Finanzierung der Fahrgeldausfälle (derzeit erfolgt dies durch pauschale Finanzzuweisungen).

### Schülerbeförderung

Für Eltern behinderter Kinder ist das Thema ein „Dauerbrenner“. Verbindliche Qualitätsstandards fehlen. Unsicherheiten bestehen z.B. über die Notwendigkeit und Qualifikationen von Begleitpersonen, die zumutbare einfache Fahrzeit, technische Ausstattung der Fahrzeuge im Innenraum. Im Juni 2010 hat sich der Landtag von Baden-Württemberg damit befasst und eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe eingesetzt. Diese soll bis zum Ende des Schuljahres 2010 / 2011 Qualitätsstandards für die Schülerbeförderung behinderter Kinder erarbeiten. Unser Landesverband hat Rückmeldungen der Elternbeiräte an Schulen für Körperbehinderte gesammelt und an das federführende Sozialministerium weitergegeben. Ein Vertreter des Landesverbandes hat zudem als Kenner der täglichen Praxis der Arbeitsgruppe berichtet. Unser Landesver-

band wird die Arbeit der Projektgruppe weiter begleiten.

### Standseilbahn als Teil des ÖPNV?

Wie im Einzelfall eine Petition an den Landtag weiterhelfen kann, zeigt folgender Einzelfall, den unser Landesverband erfolgreich begleitet hat.

Frau X lebt in Bad Wildbad und ist seit einem Verkehrsunfall auf einen Rollstuhl angewiesen. Sie hat einen Schwerbehindertenausweis mit den Merkmalen „außergewöhnlich gehbehindert“ und „Begleitperson“. Das Wohngebiet ist über eine öffentliche Straße und über die Sommerbergbahn, eine Standseilbahn, die vom städtischen Eigenbetrieb betrieben wird, erreichbar. Die Bahn wird nicht nur als touristische Bahn genutzt, sondern deckt auch ganzjährig die Verkehrsnachfrage im Stadtgebiet ab („Jedermann-Verkehr“). Die Bergbahn ist dennoch nicht Bestandteil des ÖPNV. Frau X kann sich die Jahreskarte von 150 Euro nicht leisten. Versuche, im direkten Kontakt mit der Stadt eine Lösung zu finden, scheiterten. Mit der Petition (14/03651) wollte Frau X nun erreichen, dass ihr als anerkannte Schwerbehinderte der kostenlose Transport mit der Bergbahn ermöglicht wird.

Die Prüfung der Petition führte dazu, dass eine Lösung gefunden wurde und Frau X die Bergbahn unentgeltlich nutzen kann. (LT-Drs. 14/5587, März 2010)

### Nachtrag:

Der Wirtschaftsausschuss des Landtags hat im Mai 2010 beschlossen, die Sanierung der Sommerbergbahn mit Landesmitteln zu unterstützen. Das Geld dazu stammt aus dem Sonderprogramm „nachhaltige Tourismusinfrastruktur“ des Konjunkturprogramms.

Die Bahn soll komplett barrierefrei werden. Die Touristenattraktion sei obendrein Bestandteil des ÖPNV. Künftig dürfte es dann keine Probleme mehr geben, wenn schwerbehinderte Menschen die Bahn unentgeltlich nutzen wollen.

Artikel 8, 9, 21 VN-BRK

## Zugang zu den Medien

### SWR barrierefrei im Internet

Menschen mit Behinderungen müssen einen uneingeschränkten Zugang zu allen Medienangeboten haben. Eine Vorbildfunktion haben die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Spätestens seit Inkrafttreten des 12. Rundfunkstaatsvertrages am 1. Juni 2009 sind die Rundfunkanstalten aufgefordert, „im Rahmen ihrer technischen und finanziellen Möglichkeiten barrierefreie Angebote vermehrt aufzunehmen.“ Für sein barrierefreies Internetangebot wurde der Südwestrundfunk (SWR) im Dezember 2009 mit der „silbernen Biene“ der Stiftung Digitale Chancen und Aktion Mensch ausgezeichnet. Bis August 2010 mussten alle öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ihre bestehenden Internetangebote einem aufwändigen Prüfverfahren unterziehen. Barrierefreiheit war dabei ein Qualitätskriterium.

**Menschen mit Behinderung - weder Batman noch Bettler - in den Medien**  
Wo kommen Menschen mit Behinderung in den Medien vor – und wie kommen sie vor? Werden Klischees verwendet? Diese und weitere Fragen standen im Mittelpunkt einer bundesweiten Tagung in Berlin, die der Gesamtverband des Paritätischen und das Institut Mensch, Ethik und Wissenschaft organisiert hat. Ziel der Ta-

gung war es, das Bewusstsein zu schärfen. In der Arbeitsgruppe „Menschen mit Behinderung entscheiden mit“ berichtete die Geschäftsführerin des Landesverbandes über ihre Arbeit im Rundfunkrat des SWR und zeigte beispielhaft auf, wie man Schritt für Schritt Überzeugungsarbeit leisten kann. Vertreter der Behindertenorganisationen sind nur in den Gremien des SWR und des WDR.

Artikel 19, 22, 23 VN-BRK

## Unabhängige Lebensführung, Familie, Privatsphäre, Wohnen

Ergebnis: Umfrage zur Entlastung der Familien mit behinderten Kindern Baden-Württemberg soll zum „Kinderland“ weiterentwickelt werden. Im Mittelpunkt steht dabei u.a. eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Außerfamiliäre Betreuungsangebote sollen daher zügig ausgebaut werden. Viele dieser Angebote sind jedoch nicht an den Bedürfnissen der Kinder mit schweren Behinderungen ausgerichtet. Familien mit behinderten Kindern haben daher weitaus größere Schwierigkeiten, Familie und Beruf zu verbinden. Gemeinsam mit den Elternbeiräten an den Schulen für Körperbehinderte hat unser Landesverband im Zeitraum Mai bis Juli 2009 bei den Eltern nachgefragt. Beteiligt haben sich insgesamt 1.059 Eltern aus über 25 Schulen; damit hat etwa jedes fünfte Elternpaar geantwortet. 70 % der Schüler haben einen Grad der Behinderung von 80 GdB und höher. 46 % der Schüler sind zudem in Pflegestufe II oder höher. Die Ergebnisse der Umfrage sind unter [www.lv-koerperbehinderte-bw.de](http://www.lv-koerperbehinderte-bw.de) abrufbar.

Die zentralen Forderungen der Eltern sind: Öffnen der Internate der Heimsonderschulen an Wochenenden und in den Schulferien für stationäre Kurzzeitunterbringung (Sofortmaßnahme, um den hohen Bedarf an Entlastung zu decken); beim Auf- und Ausbau weiterer Kinderbetreuungsangebote (v.a. Kinderkrippe, KiTa, betriebliche KiTa, Hortplätze, Tagesmütter, Kernzeitenbetreuung, Ferienprogramm) die besonderen Bedürfnisse behinderter Kinder berücksichtigen; verstärkter Aufbau inklusiver Angebote für Kinder und Jugendliche; weiterer Ausbau der familienentlastenden Hilfen und Stärkung der Zusammenarbeit der verschiedenen Betreuungsangebote vor Ort.

Die Ergebnisse der Umfrage hat der Landesverband im April 2010 an das Sozialministerium Baden-Württemberg und die Landtagsfraktionen weitergeleitet mit der Bitte, das Anliegen aufzugreifen und pragmatische Lösungen gemeinsam mit den Betroffenen zu entwickeln. Ausführlich antwortete nur das Sozialministerium. Da die Konzeption der Heimsonderschulen nicht vorgesehen sei, müsste eine Ausweitung des Betreuungsangebots in den Internaten mit den jeweiligen Kostenträgern besprochen werden, um deren Finanzierung und Realisierbarkeit abzuklären. Für den Ausbau der Kinderbetreuungsangebote seien die Kommunen allein zuständig und würden je nach Bedarf vor Ort Angebote schaffen. Im Übrigen verwies das Ministerium auf die vorhandenen niederschweligen Betreuungsangebote nach § 45 c SGB XI, die sich an pflegebedürftige Menschen richten. Da sich deren Angebote mehrheitlich an den Bedürfnissen älterer Menschen mit Pflegebedarf orientieren, deckt dies nicht den Bedarf der Familien mit behinderten Schulkindern. Es besteht dringender Handlungsbedarf. Der Landesverband wird

sich für weitere Verbesserungen einsetzen.

## MIT DENKEN - NICHT AUSGRENZEN! Kinder und Jugendliche mit Behinderung und ihre Familien

Die Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg und die Kommunalen Spitzenverbände hatten im Juni 2010 zu einer Fachtagung nach Pforzheim eingeladen, um gemeinsam mit Leistungserbringern und Leistungsträgern der Eingliederungshilfe und der Jugendhilfe, Fachkräften aus Schulen, Kindertageseinrichtungen und Gesundheitsämtern sowie Eltern über Wege der Inklusion nachzudenken. Weit über 200 Personen nahmen daran teil. Neben Vorträgen im Plenum wurden zwölf Arbeitsgruppen angeboten. Die Geschäftsführerin unseres Landesverbandes nahm an der Diskussionsrunde „Wohnortnah oder spezialisiert? Angebote für Gruppen mit besonderen Bedarfen“ teil.



## Hinter dem Horizont geht's weiter ... - was kommt nach den Eltern?

Im Berichtsjahr hat die Baden-Württemberg Stiftung das Förderprogramm „Förderung der Selbständigkeit von älteren Menschen mit Behinderung“ ausgeschrieben. Aus den vielen Projektideen wurden elf Projekte ausgewählt. Sie werden bis 2013 gefördert und wissenschaftlich begleitet, darunter auch das Projekt unseres Landesverbandes „Hinter dem Horizont geht's weiter ... - was kommt nach den Eltern?“ Den Impuls zu dem Projekt gaben Menschen mit schweren Behinderungen, die die Tagesförderstätte des

Körperbehinderten-Vereins Stuttgart besuchen. Organisiert werden ab 2011 Tagungen und Seminare für Menschen mit Behinderung, deren Eltern und Geschwister. Im Projekt sollen Antworten auf folgende Fragen gefunden werden:

- Wenn die Eltern alt werden – was heißt das für mich?“ Unsicherheiten überwinden – Handreichungen entwickeln
- „In jedem Anfang steckt ein Neuanfang“ Erstellen von Erinnerungsbüchern
- „Wer loslässt, hat zwei Hände frei – Die Zukunft gehört mir – Geschwister bleiben wir ein Leben lang“

## Landesheimgesetz

### Baden-Württemberg

Im November 2009 legte die Landesregierung einen Gesetzentwurf zur Änderung des Landesgesetzes vor, um die eigenständigen Vertragsregelungen zu streichen und stattdessen auf die bundesgesetzlichen Regelungen des Wohn- und Betreuungsvertragsgesetzes zu verweisen.

Im Januar 2010 begrüßte der Landesverband diese Änderung. Er forderte zudem Ausnahmeregelungen bei den personellen und baulichen Anforderungen für pflegebedürftige Menschen mit Behinderungen in ambulant betreuten Wohnformen. Das geänderte Landesheimgesetz wurde am 6. Mai 2010 beschlossen und trat rückwirkend zum 1. Juli 2008 in Kraft.

### Heimmitwirkungsverordnung

Im Januar 2010 nahm der Landesverband ausführlich Stellung zur geplanten Heimmitwirkungsverordnung. Sie trat im Frühjahr 2010 in Kraft.

### Heimmindestpersonalverordnung

Das Sozialministerium hat im Berichtsjahr 2010 eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die Erarbeitung einer Heimpersonalverordnung inhaltlich zu begleiten. Der Landesverband wurde in der Arbeitsgruppe durch die Geschäftsführerin vertreten. Im Oktober 2010 hat das Sozialministerium einen Anhörungsentwurf vorgelegt, zu dem der Landesverband eine ausführliche schriftliche Stellungnahme erarbeitet hat. Besonders schwierig ist es, die unterschiedlichen Anforderungen an die personelle Ausstattung der Einrichtungen der Behinderten- und Altenhilfe in einer Verordnung zu formulieren. Ein Termin für das Inkrafttreten der Verordnung ist derzeit nicht bekannt.

### Eingliederungshilfe und Pflege:

#### ein Widerspruch? Nein!

Menschen mit Behinderung und hohem pflegerischen Hilfebedarf wollen teilhaben am Leben in der Gemeinschaft. Da die Beteiligung der Pflegeversicherung in Einrichtungen der Behindertenhilfe unabhängig von der Pflegestufe auf monatlich 256 Euro begrenzt ist, fordern immer mehr Landkreise, Wohneinrichtungen als Pflegeheime zu planen. So hat der Rhein-Neckar-Kreis Kriterien für die Abgrenzung Eingliederungshilfe / Pflege erarbeitet. Diese schränken Menschen mit Behinderungen und Pflegebedarf erheblich ein. Deshalb lehnt unser Landesverband dies ab.

Unser Landesverband fordert seit langem, dass unabhängig von der Art des Heimes die Bewohner ihren individuellen Leistungsanspruch gegenüber der Pflegekasse in Anspruch nehmen können. Pflege ist Teil der Eingliederungshilfe und Grundlage für erfolgreiche Teilhabe.

Artikel 24 VN-BRK Bildung

## Bildung für alle - von Anfang an!

„Miteinander in der Vielfalt und Vielfalt im Miteinander“

### Empfehlungen des Expertenrates und Konzeption der Landesregierung

Im Februar 2010 stellte Kultusminister Helmut Rau die Empfehlungen des Expertenrates zur Weiterentwicklung des gemeinsamen Unterrichts von Kindern mit und ohne Behinderung vor. Im Mai 2010 legte die Landesregierung ein Konzept zur Umsetzung der Empfehlungen vor. Ab Schuljahr 2010 / 2011 sollten Kinder mit Behinderung landesweit auch dann in Regelschulen aufgenommen werden, wenn sie nicht zielgleich unterrichtet werden können. In fünf Schwerpunktregionen (Biberach, Freiburg, Konstanz, Mannheim, Stuttgart) sollen verschiedene Modelle erprobt werden. Das Schulgesetz (u.a. die Aufhebung der Sonderschulpflicht) soll bis zum Schuljahr 2013 / 2014 geändert werden.

Unser Landesverband hat die politische Debatte aufmerksam verfolgt. Bei einer Fachtagung und vielen Gremiensitzungen hat der Landesverband Eckpunkte und Forderungen auf dem Weg zum gemeinsamen Unterricht formuliert. Diese wurden von der Mitgliederversammlung beschlossen. Die Standortbestimmung „Bildung für alle ist Zukunft!“ steht als download unter [www.lv-koerperbehinderte-bw.de](http://www.lv-koerperbehinderte-bw.de) bereit.



### Bildungswegekonferenz

Kernstück der Konzeption der Landesregierung sind sog. „Bildungswegekonferenzen“. Am runden Tisch mit allen Beteiligten sollen passgenaue individuelle Lösungen für Kinder gefunden werden. Die Schulverwaltung soll dem Wunsch der Eltern folgen, soweit es möglich ist. Im Gespräch mit Kultusministerin Prof. Dr. Marion Schick konnte der Landesverband die Klarstellung erreichen, dass die Eltern sich durch Vertrauenspersonen ihrer Wahl in der Bildungswegekonferenz begleiten lassen können. Die Leitung einer Bildungswegekonferenz liegt beim Staatlichen Schulamt. Die Geschäftsführerin des Landesverbandes hat selbst auf Bitte von Eltern an einer Bildungswegekonferenz teilgenommen. Da viele Eltern beim Landesverband nachgefragt haben, welche Aufgaben und Ziele die Bildungswegekonferenzen haben, hat der Landesverband ein Merkblatt für Eltern mit 10 Tipps entwickelt

### Empfehlungen der Kultusministerkonferenz zur sonderpädagogischen Förderung

Die Kultusministerkonferenz legte 1994 Empfehlungen zur sonderpädagogischen Förderung vor. Diese sollen nun an die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung angepasst werden. Das Kultusministerium Baden-Württemberg hat einen umfangreichen Fragenkatalog den Verbänden zur Stellungnahme vorgelegt. Dieses Angebot hat der Landesverband genutzt, um die Erwartungen der Eltern von Kindern mit Körper- und Mehrfachbehinderung einzubringen. 2011 will die Kultusministerkonferenz auf Bundesebene die neuen Empfehlungen beschließen.

Artikel 26 VN-BRK

## Gesundheit

### Patientenbeteiligung nach § 140 f SGB V

Auf der Grundlage der §§ 140 f und g SGB V wurde am 19. Dezember 2003 die Rechtsverordnung zur Beteiligung von Patientinnen und Patienten in der Gesetzlichen Krankenversicherung vom Bundesrat verabschiedet. Darin werden Kriterien für die zur Vertretung von Patientinnen und Patienten im Gesundheitswesen legitimierten Organisationen definiert und eine Liste dieser maßgeblichen Organisationen (u. a. alle im Deutschen Behindertenrat vertretenen Organisationen) benannt. Diese Organisationen haben den Auftrag erhalten, sachkundige Personen zur Wahrnehmung der in § 140 f SGB V genannten Mitberatungsrechte einvernehmlich zu benennen. Der Benennung liegen Kriterien zugrunde wie Unabhängigkeit und Transparenz der entsendenden Organisation und der sachkundigen Personen. Durch Beschluss des Vorstandes am 22. September 2004 erklärte der Landesverband, die „Leitsätze der BAG H für die Zusammenarbeit mit Wirtschaftsunternehmen im Gesundheitswesen insbesondere mit Unternehmen der pharmazeutischen Industrie“ zu übernehmen.

Unser Landesverband entsendet Armin Bönisch (Schrozberg) als Patientenvertreter in den Zulassungsausschuss „Ärzte“ für den Regierungsbezirk Nordwürttemberg. Die Mitwirkung der Patientenvertreter ist im Bereich des Zulassungsausschusses „Ärzte“ auf Sonderbedarf und Ermächtigung von Ärzten begrenzt.

Die LAG Selbsthilfe Baden-Württemberg wurde von den beteilig-

ten Verbänden im Berichtsjahr erneut mit der Koordination der Umsetzung der Patientenbeteiligung beauftragt.

### Gesundheitsstrategie Baden-Württemberg

Gesundheit ist neben Bildung einer der wichtigsten Voraussetzungen für die Lebensqualität und die Prosperität einer Gesellschaft. Chronische Erkrankungen stellen außerdem die größte Herausforderung für das Gesundheitswesen dar. Ziel der Gesundheitsstrategie Baden-Württemberg ist es deshalb, lebensstilbedingte chronische Erkrankungen und gesundheitliche Einschränkungen wirksamer als bisher zu vermeiden bzw. ihr Auftreten in eine spätere Lebensphase zu verschieben. Die Selbsthilfeverbände der Behindertenhilfe sind zur Mitarbeit eingeladen. Fortschritte wurden im Berichtsjahr 2010 nicht erzielt. Die Federführung liegt beim Landesgesundheitsamt.

### Versorgung mit Inkontinenzartikeln

Die gesetzlichen Krankenkassen „sollen“ Verträge zur Inkontinenzversorgung ausschreiben, „soweit dies zur Gewährleistung einer wirtschaftlichen und in der Qualität gesicherten Versorgung zweckmäßig ist“ (§ 127 Abs. 1 Satz 1 SGB V). Gleichwohl schränkt das Gesetz den Anspruch der einzelnen Versicherten auf angemessene Versorgung nicht ein. Dies führt immer wieder dazu, dass insbesondere Menschen mit Körper- und Mehrfachbehinderung nicht angemessen versorgt werden. Die Betroffenen bzw. deren Angehörige sind gezwungen, ihre berechtigten Ansprüche auf dem Rechtsweg durchzusetzen. Viele Familien fühlen sich überfordert, da der Alltag bereits viel Kraft kostet. Weiter zuge-spitzt hat sich die Situation im Herbst 2010, da einige Krankenkassen neue

Verträge mit Leistungserbringern abgeschlossen haben. Die darin vereinbarten monatlichen Pauschalen decken den Bedarf im Einzelfall nicht ab. Die ständig aktualisierte Argumentationshilfe unseres Bundesverbandes hilft Familien. Unser Landesverband versucht in Einzelfällen im direkten Kontakt mit den jeweiligen Krankenkassen praktikable Lösungen zu finden. Dies gelingt leider nur teilweise. Einzelne Krankenkassen verweisen auf die Vielzahl der Fälle, die keine Probleme bei der Versorgung hätten. Eine – nicht repräsentative – Umfrage bei Mitgliedsfamilien führt zu einem anderen Ergebnis. Viele Familien resignieren und bezahlen den Mehraufwand aus eigener Tasche. Dies ist unbefriedigend. Unser Landesverband unterstützt betroffene Familien, ihre berechtigten Ansprüche durchzusetzen.

## Hygiene versus Wohnlichkeit?!

Die Wohnstättenkonferenz unseres Landesverbandes gab den Impuls zu einem Fachgespräch beim Landesgesundheitsamt. Im Mittelpunkt stand die mögliche gesundheitliche Gefährdung von Heimbewohnern durch resistente Bakterien (z.B. MRSA: Multi-resistenter Staphylococcus aureus) und wie dies vermieden werden kann. Menschen mit Behinderungen, die in betreuten Wohneinrichtungen leben, wünschen sich Normalität und Begleitung im Alltag. In Einzelfällen führt dies zu Zielkonflikten (Anforderungen an Hygiene, z.B. umfassende Schutzkleidung der Mitarbeiter). Im Gespräch wurden mögliche Lösungen beraten. Bei Bedarf wird der Dialog fortgeführt.

## Artikel 29 VN-BRK

### Teilhabe am politischen Leben?

Bürger interessieren sich zu wenig für die Arbeit des Gemeinderates. Immer wieder beklagen Bürgermeister und Gemeinderäte das (scheinbare) Desinteresse ihrer Mitbürger. Die Sitzungen des Gemeinderates sind im Normalfall öffentlich. Doch was ist zu tun, wenn ein Bürger im Rollstuhl als Zuhörer die Gemeinderatssitzung besuchen will – und der Sitzungsraum im Obergeschoss des Rathauses nicht stufenlos zugänglich ist? Aus Sicht des Landesverbandes ist die Antwort klar: der Einbau eines Aufzuges ist nach dem Bauordnungsrecht nicht erforderlich. Der Gemeinde ist es aber zuzumuten, organisatorische Maßnahmen zu treffen (z.B. einen barrierefreien Sitzungsraum in einem anderen öffentlichen Gebäude zu suchen), damit auch Bürger mit Behinderung an einer öffentlichen Gemeinderatssitzung teilnehmen können.

Die Gemeinde Fichtenau im Landkreis Schwäbisch Hall hat anders entschieden. Herr M. ist Rollstuhlfahrer und will als Bürger an den Sitzungen teilnehmen. Der Sitzungssaal ist nur über eine Treppe erreichbar. Mehrfach hat Herr M. die Gemeinde gebeten, in einem anderen Raum zu tagen. Einige Male traf sich der Gemeinderat darauf im stufenlos zugänglichen Unterrichtsraum der Feuerwehr. Da der Raum aus Sicht von Verwaltung und Gemeinderat auf die Dauer nicht geeignet sei, beschloss das Gremium, künftig wieder im Obergeschoss zu tagen. Mehrfach hat Herr M. dagegen protestiert – am Fuße des Treppenhauses. Herr M. bat auch den Landesverband um Hilfe. Die Lokalzeitung berichtete sowie der Radiosender SWR 4 Baden-Württemberg. Alle Bemühungen, die

Diskriminierung zu vermeiden und die Teilnahme zu ermöglichen, scheiterten. Die Gemeinde löste das Problem mit Zustimmung der Kommunalaufsicht auf ihre Weise. Im Amtsblatt wird die Bevölkerung zur Gemeinderatssitzung eingeladen – mit dem Hinweis „Zum Sitzungssaal kann im Moment leider kein barrierefreier Zugang gewährt werden.“

## Artikel 30 VN-BRK

### Teilhabe am sportlichen Leben?

#### Fußball baut Brücken

Fußballspielen mit einer Körperbehinderung – geht das denn? Ja, und wie! Seit 2004 gibt es eine erfolgreiche Kooperation zwischen dem SC Neuburgweier und der Ludwig-Gutmann-Schule (Schule für Körperbehinderte) in Karlsbad-Langensteinbach (Landkreis Karlsruhe). Im Herbst 2010 präsentierten die Nordbadener eine Foto-Wanderausstellung im Neuen Schloss in Stuttgart. Das Projekt erhielt 2009 den Selbsthilfepreis unseres Bundesverbandes und so war es selbstverständlich für den Landesverband, bei der Eröffnung der Foto-Wanderausstellung in Stuttgart dabei zu sein. Inzwischen gibt es nicht nur das gemeinsame Fußballspiel, sondern viele weitere Freizeitaktivitäten. Sportfeste werden gefeiert oder Bundesligaspiele besucht. Schade ist nur, dass das Projekt bislang noch keine Nachahmer gefunden hat.



#### Teilhabe an Wettbewerben der Sportschützen?

Müssen Standardregelwerke für Wettbewerbe bei Sportschützen geändert werden und Hilfsmittel zulassen, die es Menschen mit Behinderungen ermöglichen, die Behinderung auszugleichen? Diese Frage stellte sich in Südbaden. Der Sohn einer Mitgliedsfamilie aus Lörrach ist einseitig gelähmt und begeisterter Sportschütze. In seinem örtlichen Schützenverein ist er ganz selbstverständlich dabei und nimmt auf Kreisebene an Wettbewerben teil – mit großem sportlichem Erfolg. Um seinen Sport trotz Behinderung ausüben zu können, braucht Herr L. einen sog. „Federbock“. Auf Kreisebene wird dies zugelassen, nicht aber auf Bezirksebene. Die Standardregelwerke sehen dies nicht vor. Unser Landesverband hat daher beim Südbadischen Sportschützenverband nachgefragt und auch den Landesbeauftragten für die Belange behinderter Menschen um Unterstützung gebeten. Die Lokalzeitungen haben ausführlich berichtet. Nachdem es im schulischen Bereich Regelungen zum Nachteilsausgleich der Behinderung gibt, sollte es aus der Sicht des Landesverbandes auch einen Nachteilsausgleich bei Sportwettbewerben geben oder geschaffen werden. Ausführlich begründeten die Sportverbände, warum dies bei Wettbewerben nicht ginge und auf die Behindertensportwettbewerbe verwiesen. Im Laufe des Jahres 2010 haben die Sportschützen ihr Standardregelwerk etwas gelockert. Diese Erleichterungen helfen Herrn L. dennoch nicht weiter. Für ihn bleibt daher bis auf weiteres nur – wie es die Lokalzeitung schrieb – „die Relegation im Wohnzimmer“.

## V. Außenvertretungen, Gremien & Mitgliedschaften

Der Landesverband arbeitet in einer Reihe von Gremien mit, um die Anliegen von körper- und mehrfachbehinderten Menschen zu vertreten:

### Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen e.V.

- Bundesvorstand (unser Landesvorsitzender Hans Ulrich Karg ist seit Herbst 2002 Mitglied des Bundesvorstandes; seit Oktober 2010 gehört zudem der ehrenamtliche Kassensprüfer des Landesverbandes, Uwe Herbener-Roos dem Vorstand an).
- Bundesausschuss („Länderkammer“)
- Arbeitskreise „Sozialpolitik“ und „Schule“

### Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Landesverband Baden-Württemberg e.V.

- Fachgruppe Behindertenhilfe (die Geschäftsführerin ist gewählte Fachgruppenvorsitzende)
- Kernteam 3 „Menschen mit Behinderung“
- Beirat (als gewählte Fachgruppenvorsitzende Behindertenhilfe ist unsere Geschäftsführerin zugleich Beiratsmitglied im Paritätischen)

### Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe Baden-Württemberg (LAG S)

- Koordinationstreffen Patientenvertreter nach § 140 f SGB V.

### Widerspruchsausschuss gem. § 119 SGB IX beim Integrationsamt des Kommunalverbandes für Jugend und Soziales Baden-Württemberg

Auf Vorschlag des Sozialverbandes VdK Baden-Württemberg ist unsere Geschäftsführerin stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied. In der Hauptsache geht es im Widerspruchsausschuss um Kündigungsverfahren, bei denen schwer behinderte Arbeitnehmer betroffen sind.

### Landespflegeausschuss Baden-Württemberg

Für die Amtsperiode 2009 bis 2012 ist unsere Geschäftsführerin auf Vorschlag unseres Vorstandes und des Landesverbandes Lebenshilfe erneut Mitglied für die Verbände der von Pflegebedürftigen Betroffenen im Landespflegeausschuss. Auf Vorschlag der Betroffenenverbände wurde die Geschäftsführerin vom Landespflegeausschuss zur Beisitzerin gewählt (Hauptaufgabe ist, die jeweilige Tagesordnung im Vorfeld abzustimmen). Es findet eine enge inhaltliche Abstimmung zwischen den Betroffenenverbänden (insbesondere Sozialverband VdK, LAG Selbsthilfe, LV Lebenshilfe, Landesseniorenrat) statt.

Im Berichtsjahr fand nur eine Sitzung des Landespflegeausschusses statt. Beraten wurden insbesondere folgende Themen: Verfahrensstand Pflegestützpunkte, ärztliche Versorgung im Pflegeheim, Entwicklung und Umsetzung einer Demenzstrategie, Fortschreibung des Geriatriekonzepts, „Pflege-TÜV“ (Transparenzberichte), Wunsch- und Wahlrecht für pflegebedürftige Sozialhilfe-Empfänger bei der Heimplatzwahl, Pflegeheimförderung 2010, weitere Berichte und Regularien.

## Landesarbeitsgemeinschaft Pflege- stützpunkte Baden-Württemberg

Nach § 92 c SGB XI sollen die Pflegekassen und Krankenkassen zur wohnortnahen Beratung, Versorgung und Betreuung der Versicherten sog. Pflegestützpunkte einzurichten. In die Arbeit der Pflegestützpunkte sollen u. a. die Selbsthilfefortreter und die Verbände der von Pflegebedürftigkeit Betroffenen beteiligt und einbezogen werden. Landesweit ist der Aufbau von 50 Pflegestützpunkten geplant. Der Aufbau ist noch nicht abgeschlossen.

Die gesetzlichen Kranken- und Pflegekassen sowie die Kommunalen Spitzenverbände haben einen Verein „LAG Pflegestützpunkte Baden-Württemberg“ gegründet; die Geschäftsstelle ist beim Sozialministerium Baden-Württemberg angesiedelt. Die Vereinssatzung sieht vor, den Verbänden der von Pflegebedürftigkeit Betroffenen die Mitgliedschaft als kooperierende Mitglieder anzubieten. Diese haben ein Anhörungsrecht, aber kein Stimmrecht in der Mitgliederversammlung. Ein Mitgliedsbeitrag wird hierfür nicht erhoben.

Der Vorstand unseres Landesverbandes hat bei seiner Sitzung am 24. März 2010 einstimmig beschlossen, Mitglied im Verein „LAG Pflegestützpunkte Baden-Württemberg“ zu werden. Im April 2010 wurde unser Landesverband als Mitglied (ohne Stimmrecht) aufgenommen.

## Teilhabeausschuss Baden- Württemberg

Die Teilhabe schwerer behinderter Menschen mit einem besonderen Unterstützungsbedarf braucht ein tragfähiges Netzwerk unterschiedlicher Partner. Der Kommunalverband für

Jugend und Soziales Baden-Württemberg ergriff daher die Initiative und gründete ein landesweites Netzwerk, den Teilhabeausschuss Baden-Württemberg. Dort arbeiten u. a. Vertreter der Agentur für Arbeit, des Kultusministeriums, der kommunalen Spitzenverbände, der Freien Wohlfahrtspflege sowie der Behindertenselbsthilfeorganisationen mit. Unser Landesverband wird durch die Geschäftsführerin vertreten.

## Kassenärztliche Vereinigung Baden- Württemberg, Bezirk Nordwürttemberg: Patientenvertretung im Zulassungsausschuss Ärzte

Seit 2005 nimmt Armin Bönisch (Schrozberg) für unseren Landesverband als sachkundige Person die Mitberatungsrechte nach § 140 f SGB V bei der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg, Bezirk Nordwürttemberg – Zulassungsausschuss Ärzte wahr.

Die Patientenbeteiligung in Form der Mitberatung ist gesetzlich verankert bei sog. Ermächtigungsanträgen (Krankenhausärzte, Einrichtungen) und Sonderbedarfsfragen (Spezialisten, Schwerpunktpraxen). Der Bedarf muss vorab festgestellt sein.

Die Koordinierung der Patientenbeteiligung auf Landesebene übernimmt die LAG Selbsthilfe.

## Landesbehindertenbeirat Baden- Württemberg

Der Landesbehindertenbeirat Baden-Württemberg hat sich aus dem bisherigen Landesforum „Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen“ weiterentwickelt. Vorsitzender des Gremiums ist der Beauftragte der Landesregierung für die Belange be-

hinderter Menschen, Staatssekretär Dieter Hillebrand MdL.

Im Berichtsjahr 2010 fand keine Sitzung des Landesbehindertenbeirates Baden-Württemberg statt.

## **Südwestrundfunk (SWR):**

### **Rundfunkrat**

Für die Amtsperiode 2008 bis 2013 vertritt unsere Geschäftsführerin die baden-württembergischen Behindertenorganisationen im Rundfunkrat bzw. Landesrundfunkrat Baden-Württemberg des Südwestrundfunks (SWR). Sie arbeitet im Fernsehausschuss sowie im Ausschuss Recht und Technik mit. Sie vertritt zudem als stellvertretendes Mitglied den SWR im ARD-Programmbeirat.

Neben den allgemeinen Aufgaben (wie Programmbeobachtung, Verabschiedung Haushaltsplan und der Entgegennahme des Rechnungsabschlusses) engagiert sich Jutta Pagel-Steidl für eine umfassende Barrierefreiheit im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, insbesondere beim SWR. Besonders hohen Nachholbedarf gibt es dabei bei der Untertitelung von Sendungen. Dank ihrer langjährigen Beharrlichkeit konnte sie nun einen Erfolg erreichen: ab Oktober 2010 die Hauptausgaben der Landesnachrichten „Baden-Württemberg aktuell“ bzw. „Rheinland-Pfalz aktuell“ um 19.45 Uhr werden jeweils live untertitelt. Dies ist ein richtiger und wichtiger Schritt in die richtige Richtung, der noch weitere folgen müssen. Dies gilt vor allem auch mit Blick auf die Umstellung der Rundfunkgebühr auf die sog. „Haushaltsabgabe“ zum 1. Januar 2013. Die Neuordnung der Rundfunkfinanzierung sieht vor, dass Menschen mit Behinderungen künftig ein Drittel des monatlich zu zahlenden Rundfunkbeitrages zah-

len müssen. Befreiungen gibt es nur noch aus finanziellen Gründen (Bezieher von geringen Einkommen bis zur Höhe der Grundsicherung).

In einem Rundbrief „Neues aus dem SWR-Rundfunkrat“ sowie in mehreren Rundschreiben informierte Jutta Pagel-Steidl ausführlich die Behindertenorganisationen über ihre Arbeit.

### **Mitgliedschaften** bestehen ferner bei:

- Bundesarbeitsgemeinschaft unterstützte Beschäftigung (BAG UB), Hamburg
- Bundesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfefirmen, Berlin
- Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Frankfurt am Main
- Deutsches Jugendherbergswerk, Detmold.
- Verein zur Förderung der Krankengymnastikschule Stuttgart

Über die formalen Außenvertretungen und Mitgliedschaften hinweg pflegt der Landesverband den Dialog mit den unterschiedlichsten Organisationen und Institutionen auf der Landesebene, wie z.B. den Landtagsfraktionen, den Fachministerien und den nachgeordneten Behörden (v. a. Ministerium für Arbeit und Soziales, Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, Innenministerium, Wirtschaftsministerium, Regierungspräsidien, Landesgesundheitsamt), den kommunalen Spitzenverbänden, dem Kommunalverband für Jugend und Soziales, den gesetzlichen Krankenkassen Baden-Württemberg, der Deutschen Rentenversicherung Baden-Württemberg, den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege u. v. m.

Diese Kontakte sind unverzichtbar, um eine nachhaltige Verbesserung der Lebenschancen von Menschen mit Behinderungen und ihren Angehörigen zu erreichen. Gleichzeitig eröffnen die Kooperationen mit anderen Stellen eine hohe Aufgabenerfüllung bei optimalem Einsatz der vorhandenen personellen und finanziellen Ressourcen des Landesverbandes.

## VI. Ausblick(e)

Die Europäische Kommission hat für die Dekade 2010 bis 2020 eine Europäische Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen beschlossen und ein erneutes Engagement für ein barrierefreies Europa formuliert. Schließlich ist die umfassende Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Leben in der Gesellschaft ein Menschenrecht und weder „Almosen“ noch ein „Gnadenakt“. Dies macht die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen deutlich und gibt uns den so dringend notwendigen Rückenwind für unsere Anliegen. Es liegt jedoch auch an uns, die in der Konvention verankerten Rechte in den Alltag umzusetzen. Hier sind wir alle aufgefordert, am Ball zu bleiben.

Bis März 2011 muss ein nationaler Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Konvention vorgelegt werden. Auch Baden-Württemberg muss seine Hausaufgaben entsprechend erfüllen. Bislang blieb es bei vagen Ankündigungen. Wir sind bereit, uns weiter aktiv einzubringen, um eine umfassende Teilhabe zu ermöglichen – je früher, desto besser!

Am 27. März 2011 wählt Baden-Württemberg einen neuen Landtag. Im

Mai 2011 findet die konstituierende Sitzung des neuen Landtags statt. Egal, wer künftig die Geschicke des Landes leitet, Regierung und Parlament müssen sich daran messen lassen, wie sie die umfassende Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in Baden-Württemberg gemeinsam mit den Betroffenen umsetzen.

Nach 50 Jahren endet die Erfolgsgeschichte Zivildienst. Zum 1. Juli 2011 soll ein Bundesfreiwilligendienst den bisherigen Zivildienst ablösen. Viele Menschen mit Körper- und Mehrfachbehinderung, die im Alltag auf ständige Assistenz angewiesen sind, sind in Sorge, ob auch künftig ausreichend Helferinnen und Helfer bereit stehen. Es zeichnet sich bereits jetzt ab, dass die Dienste und Einrichtungen um junge Menschen buhlen, um sie für ein freiwilliges Engagement für die Gesellschaft zu gewinnen.

„20Elf zeigt sich von seiner schönsten Seite“ – gerne übernehmen wir das Motto der Fußballweltmeisterschaft der Frauen in Deutschland auch für unsere Arbeit. Unser Landesverband wird auch in 2011 jede Chance nutzen, für die Anliegen behinderter Menschen und ihrer Familien einzutreten. Gemeinsam mit Ihrer Unterstützung - hoffen wir – wird sich nicht nur für unsere Fußballfrauen 2011 von seiner schönsten Seite zeigen!

„Das Ziel ist eine erreichbare Realität, zu der wir gelangen, wenn wir Schritt für Schritt unseren Weg vorwärts gehen.“

Hans Bausch, ehem. SDR-Intendant

Stuttgart, im Frühjahr 2011/vs.

## Terminübersicht 2010

### Januar

- 15. Neujahrsempfang der Landesregierung, Stuttgart
- 18. AK Schule, Stuttgart
- 20. LV-Vorstandssitzung, Stuttgart
- 28. Heimsonderschulkonferenz der freien Träger, Stuttgart
- 29. Paul-Lechler-Stiftung: Preisverleihung Paul-Lechler-Preis 2010: „Gemeinsam die Welt entdecken – von Anfang an! Inklusive Tagesbetreuung von Kleinkindern (0 bis 3 Jahre) mit und ohne Behinderung, Stuttgart

### Februar

- 18. Pressekonferenz des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg „Empfehlungen des Expertenrates Sonderpädagogik“, Stuttgart
- 24. Einweihung des Neubaus der Martinsschule (Schule für Körperbehinderte), Ladenburg

### März

- 02. 4. landesweite Treffen der Elternbeiräte an Schulen für Körperbehinderte, Stuttgart
- 08. 34. Landkreisversammlung, Wiesloch
- 09. August-Hermann-Werner-Schule: Informationsabend „Familientlastende Hilfen“ für Eltern, Markgröningen
- 10. LAG Selbsthilfe: Koordinierungstreffen Patientenvertretung, Stuttgart
- 11. Besuch / Erfahrungsaustausch mit amerikanischen Studenten der Private International Schiller University, Wohnheim „Damasina“ Schutterwald
- 11. Gespräch mit dem DPWV-Landesvorstand zum TOP „Gemeinsamer Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung, Mannheim
- 15. AK Schule Stuttgart
- 17. Spastikerverein Karlsruhe: Mitgliederversammlung und Verleihung der goldenen Ehrennadel an Beate Kuhlemann, Karlsruhe
- 19./20. BVKM-Bundesausschuss, Fulda
- 24. LV-Vorstand, Stuttgart
- 25. DIPB: Aktionsbündnis „Stuttgart 21 barrierefrei“, Stuttgart

- 31. Spastikerverein Lörrach: Mitgliederversammlung und Verleihung von LVKM-Ehrennadeln, Lörrach

### April

- 13. Sozialministerium Baden-Württemberg: Arbeitsgruppe „Erarbeitung einer Landesheimpersonalverordnung“, Stuttgart
- 14. Eröffnung eines Rollstuhlparcours für Kinder mit und ohne Behinderung, Freizeitpark Sensapolis Böblingen
- 14. [www.swr.de](http://www.swr.de) barrierefrei – Interview mit Rainer Scheufele, Projektleiter Neue Medien Südwestrundfunk, Stuttgart
- 15. AK Schule, Stuttgart
- 18. Deutsche Gesellschaft für Muskelkranke, Landesverband Baden-Württemberg: Vortrag „Hilfsmittelversorgung – rechtliche Grundlagen und Hinweise für die Antragstellung“, Pforzheim-Hohenwart
- 20. Deutsches Jugendherbergswerk Baden-Württemberg: Planungsgespräch „barrierefreie Jugendherberge“, Tübingen
- 21. LV-Wohnstättenkonferenz, Pforzheim-Eutingen
- 28. DPWV-Fachgruppe „Behindertenhilfe“, Stuttgart
- 29. Deutsche Rentenversicherung Baden-Württemberg: Tagungsvorbereitung, Stuttgart
- 30. Hintergrundgespräch „Miteinander in der Vielfalt – gemeinsamer Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung“ von Kultusministerin Marion Schick mit Eltern behinderter Kinder, Stuttgart

### Mai

- 05. Informationsbesuch beim Korczak-Haus, Freiburg im Breisgau
- 05. Einweihung des ersten Karussells für Rollstuhlfahrer, Freiburg im Breisgau
- 06. Deutsches Jugendherbergswerk Baden-Württemberg: Planungsgespräch „barrierefreie Jugendherberge“, Bad Urach
- 11. DIPB: Aktionsbündnis „Stuttgart 21 barrierefrei“, Stuttgart
- 18. Erörterungstermin zum Planfeststellungsverfahren „Stadtbahn Heilbronn, Nordstrecke“, Heilbronn
- 18. Landespflegeausschuss Baden-Württemberg: Vorbereitungsgespräch Betroffenenvertreter, Stuttgart
- 19. Landespflegeausschuss Baden-Württemberg, Stuttgart

19. Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg: Informationsgespräch „Schulische Bildung von jungen Menschen mit Behinderung: Miteinander in der Vielfalt – Vielfalt im Miteinander“, Stuttgart
19. LV-Vorstand, Stuttgart
21. Freundeskreis Camphill e.V.: Pfingsttagung „Lebensorte – Zukunft gestalten“, Impulsvortrag „Die Lebenssituation von Menschen mit erheblichem Assistenzbedarf“, Frickingen

## Juni

12. LV-Fachtag „Bildung für alle – Schule neu denken“, Stuttgart
16. Körperbehinderten-Verein Stuttgart: Gesprächsrunde „Umbau Baur-Areal“, Stuttgart
17. Sozialministerium Baden-Württemberg: Arbeitsgruppe „Erarbeitung einer Landesheimpersonalverordnung“, Stuttgart
23. Fachtagung der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege „Mit Denken – nicht ausgrenzen! Kinder und Jugendliche mit Behinderung und ihre Familien“, Pforzheim-Hohenwart
24. Hintergrundgespräch zur schulischen Bildung von jungen Menschen mit Behinderung von Kultusministerin Marion Schick mit Verbänden, Stuttgart
28. SPD-Landtagsfraktion: Forum „Schule ist für alle da – das Recht auf Inklusion“, Landtag von Baden-Württemberg

## Juli

12. AK Kindergarten, Stuttgart
13. Landesgesundheitsamt: Gespräch „Hygiene und Wohnlichkeit“, Stuttgart
13. SPD-Landtagsfraktion: Sommerfest, Stuttgart
14. AK Schule, Stuttgart
14. LV-Vorstandssitzung, Stuttgart
15. AMSEL-Förderkreis Ursula Späth: Preisverleihung, Stuttgart
16. Körperbehindertenförderung Neckar-Alb: Festabend zum 40-jährigen Bestehen, Mössingen
20. Sozialministerium Baden-Württemberg: Sommerempfang im Naturkundemuseum Rosenstein, Stuttgart
22. Kaywaldschule Lauffen a.N.: Teilnahme an einer Bildungswegekonferenz, Lauffen am Neckar

22. DPWV: Empfang anlässlich des 60. Geburtstages von Landesgeschäftsführer Hansjörg Böhringer, Stuttgart
23. DPWV: Mitgliederversammlung, Stuttgart
- 23./24. Seminar „Liebe, Partnerschaft & Sexualität – ist dies auch etwas für mich?“, Heidelberg
25. LAG Selbsthilfe: Aktionstag der Menschen mit und ohne Behinderung auf der Landesgartenschau – „Miteinander in der Vielfalt“, Villingen-Schwenningen

## August

Sommerpause

## September

20. Elterngespräch, Villingen-Schwenningen
21. Fachtagung „Was Familien mit behinderten Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen brauchen“ in Kooperation mit der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart, Stuttgart-Hohenheim
29. Fachtagung des DPWV-Gesamtverband und des Instituts Mensch, Ethik und Wissenschaft „Menschen mit Behinderung – weder Batman noch Bettler: Schlussfolgerungen aus der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderung für die Medien“, Berlin
30. Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg: Ausstellungseröffnung „Fußball baut Brücken“ – SC 906 Neuburgweier und die Schule für Körperbehinderte Karlsbad-Langensteinbach, Stuttgart

## Oktober

05. Baden-Württemberg Stiftung: 1. Projektträgere treffen im Rahmen des Förderprogramms „Förderung der Selbständigkeit von älteren Menschen mit Behinderung“, Stuttgart
05. AK Schule, Stuttgart
05. Haus am Kappelhof, Elternbeirat: Informationsabend „Eingliederungshilfe oder Pflegeversicherung“, Pforzheim
- 08.-10. Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen: Bundesausschuss, Fachtag und Mitgliederversammlung mit Vorstandswahl, Wartaweil (Herrsching am Ammersee)

12. 5. landesweite Treffen der Elternbeiräte an Schulen für Körperbehinderte, Stuttgart
13. LV-Wohnstättenkonferenz, Lörrach
13. Heimsonderschulkonferenz der freien Träger, Stuttgart
15. LWV.Eingliederungshilfe gGmbH: Informationsaustausch mit der Geschäftsführung, Tübingen
18. Baden-Württemberg Stiftung: „Mit Behinderung, Mit-Mensch: Integration schafft Selbständigkeit“ - Abschlussveranstaltung des Programms „Förderung der Selbständigkeit und Eigenverantwortung von Menschen mit Behinderung“, Stuttgart
20. LAG Selbsthilfe: Koordinierungstreffen Patientenbeteiligung, Stuttgart
- 21.-26. Häuserinspektion, Roquetas de Mar
07. Rohräcker-Eltern frühstücken gemeinsam: Infvormittag „Mein Kind ist behindert. Welche Hilfen gibt es?“, Esslingen
15. Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr Baden-Württemberg: 1. Sitzung der Projektgruppe „Mobilitätsmanagement – Aufbau von Mobilitätsnetzwerken“, Stuttgart



## November

04. Ehrenamtliche Kassenprüfung, Stuttgart
09. Körperbehindertenverein Reutlingen: Mitgliederversammlung, Reutlingen
10. LV-Schulkindergartenkonferenz „Die Pädagogische Planung als Aufgabe des Schulkindergartens für Körperbehinderte“, Stuttgart
- 12./13. BVKM-Bundesausschuss, Berlin
17. Spastikerverein Offenburg: Festakt zum 40-jährigen Bestehen, Offenburg
18. Fachtagung „Jetzt erst recht: Nichts über uns ohne uns! – Das SGB IX im Lichte der UN-Behindertenrechtskonvention“, Stuttgart
20. LV-Mitgliederversammlung, Stuttgart
22. SPD-Landtagsfraktion: Vorbereitungsgespräch „Handicap-Kunstpreis 2011“, Stuttgart
24. DPWV-Fachgruppe Behindertenhilfe, Stuttgart
29. AK Kindergarten, Stuttgart
30. Reha Südwest: Persönliche Zukunftsgestaltung mit Unterstützernetzen – 1. Treffen der Planungs- und Steuerungsgruppe, Karlsruhe

## Dezember

01. Stephen-Hawking-Schule: Fachtag „Neue Wege gehen“ – Impulsreferat „Inklusion aus Eltern- und Verbandssicht“, Neckargmünd
- 02./03. Stadt Mannheim: Kongress „Mannheim – die behindertenfreundliche Stadt“, Mannheim